Einzelpreis 70 Pfg. · 5. Jahrg. — Sonnabend, 25. Februar 1922 — Nummer 95 · Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt" — „Frauen-Welt" und „Der Jugend-Genosse". Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus monatlich 21.— M. für den Monat Februar, im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg 55.— M., für das übrige Ausland 73.— M.

Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9

Die zehngespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 8.— M. einschließlich Inseratensteuer. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2.50 M., jedes weitere Wort 1.75 M. einschließlich Inseratensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 4.50 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1.50 M.

Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Koalitionspolitik*)

Von Karl Kautsky

Wenn wir die politische Revolution als Eroberung der politischen Macht durch eine bisher von der Staatsgewalt ausgeschlossenen Klasse (oder Vereinigung von Klassen) betrachten, dann finden wir zwischen der bürgerlichen und der proletarischen Revolution in diesem Sinne mannigfache Verschiedenheiten.

Nur eine von ihnen sei hier näher untersucht.

Die bürgerliche Revolution endet in der Gegenrevolution. Die Form, die dazu überleitet, ist in der Regel eine Militärdiktatur. Diese beruht auf der Tatsache, daß die Klassen der Revolution, Bourgeois, Bauern, Kleinbürger, Proletarier, nach den wütenden inneren Kämpfen, in denen sie sich aufreiben, zu einem Gleichgewichtszustand kommen, in dem keine dieser Klassen imstande ist, ihre politische Klassenherrschaft über die andern aufzurichten. Die Demokratie ist in diesem Stadium noch nicht festgewurzelt, dagegen haben die Bürgerkriege und vielfach auch äußere Kriege der Revolutionszeit dahin geführt, daß an Stelle der alten, aufgelösten Armee des Absolutismus eine neue, stramm disziplinierte, getreten ist. Wer über diese Armee verfügt, wird nun bei dem Gleichgewicht der Klassen leicht absoluter Herr über sie alle. So endet die Revolution in dem, was man Bonapartismus oder Zäsarismus nennt.

Wo wir es mit einer wirklich, nicht bloß, wie in Rußland, scheinbar proletarischen Revolution zu tun haben, fehlen alle Vorbedingungen für eine solche Entwicklung, die am Ende der bürgerlichen Revolution unvermeidlich war. Sie fehlt in der proletarischen Revolution einmal deswegen, weil die Demokratie bei ihrem Beginn meist schon festgewurzelt ist, ihre politischen Kämpfe also nicht in der Form des Bürgerkrieges ausgekämpft werden, der an Stelle des überwundenen Militarismus einen neuen setzt. Dann aber deshalb, weil die proletarische Revolution bei ihrem Ausgangspunkte schon ein Ueberwiegen des Proletariats über alle anderen Klassen zusammen voraussetzt, so daß höchstens eine innere Spaltung dieser Klasse den Gegnern der Revolution wieder ein Uebergewicht verschaffen kann, was keineswegs notwendig ist und nur ausnahmsweise eintritt.

Wohl aber finden wir den Gleichgewichtszustand der Klassen, der die bürgerliche Revolution *abschließt*, in der *einleitenden* Phase der proletarischen. Ehe das Proletariat so weit ist, daß es für sich allein die politische Herrschaft zu gewinnen vermag, muß es einen Zustand durchmachen, in dem es wohl noch nicht zu herrschen vermag, aber doch schon zu stark ist, als daß irgendeine der bürgerlichen Klassen ihre Herrschaft im Gegensatz zum Proletariat behaupten könnte.

In diesem Stadium würde durch das Streben nach einer reinen Klassenregierung jede geordnete Staatsverwaltung und damit auch ein gedeihliches ökonomisches Leben ganz unmöglich. Staat und Gesellschaft und alle ihre Teile, das Proletariat mit inbegriffen, müßten in die äußerste Notlage geraten. Der Bürgerkrieg, der Versuch einer der Klassen, die ihr entgegenstehende durch Waffengewalt niederzuhalten, würde, wenn er in der entwickelten Demokratie, der wir voraussetzen, überhaupt möglich wäre, nichts erreichen, als den völligen ökonomischen Zusammenbruch zur Höhe des heutigen russischen zu erheben.

Es bleiben unter diesen Umständen nur zwei Formen der Regierung möglich: entweder bildet eine der Parteien die Regierung unter stillschweigender Duldung oder Unterstützung mindestens einer der gegnerischen Parteien, auf die Rücksicht zu nehmen ist, oder die Sozialisten bilden mit einer oder mehreren der bürgerlichen Parteien zusammen eine Koalitionsregierung.

Beispiele der ersten Form finden wir in Oesterreich und Schweden. In Schweden eine rein sozialistische Regierung, die aber nur lebensfähig ist, wenn die Liberalen sie unterstützen. In Oesterreich eine Christlichsoziale, die unmöglich wird an dem Tage, an dem die Sozialisten sich anschicken, sie zu stürzen.

Vorher hatten wir in Oesterreich ein Koalitionsregierung mit sozialistischer Beteiligung. Ebenso in Belgien und Dänemark. Wir haben eine sozialistisch-bürgerliche Koalitionsregierung in Deutschland. Morgen vielleicht wieder in Dänemark und Belgien und dazu in Italien und England.

Ob ich eine Regierung deshalb unterstütze, weil sie unter den gegebenen Umständen die beste ist, an den Kabinettsberatungen teilzunehmen und auf sie einzuwirken, oder ob ich in diese Regierung eintrete und ihre Beschlüsse direkt bestimme, kann mitunter taktisch einen großen Unterschied machen, nicht aber grundsätzlich. Es gibt allerdings Politiker, die überwiegend Agitatoren sind. Sie tragen daher Bedenken, offen mit bürgerlichen Elementen zusammenzuwirken und ziehen dafür grundsätzlich verstecktere Formen vor. So galt es z. B. bei der deutschen Sozialdemokratie in der Zeit des früheren Wahlsystems mit Stichwahlen für selbstverständlich, daß man bei einer Stichwahl den Mann der bürgerlichen Opposition, etwa den Demokraten oder Zentrumsmann, wählt. Aber ein besonderes Abkommen mit den betreffenden Parteien zu diesem Zweck wurde von vielen unserer Radikalen als schnöde Verletzung der Grundsätze des Klassenkampfes verworfen. So scheint es heute auch manchem noch grundsätzlich verwerflich, in ein Koalitionsministerium einzutreten, selbst wenn man seine Notwendigkeit noch so sehr anerkennt.

Immer wieder wird für diese intransigente Haltung an den Grundsatz des Klassenkampfes appelliert. Nun ist es sicher eine der hervorragendsten Leistungen von Marx und Engels, daß sie die Bedeutung des Klassenkampfes in der Politik erkannten, aber nie ist es ihnen eingefallen, zu behaupten, eine Klasse könne ihre Interessen nur dann wirksam wahren, wenn sie sich völlig isoliere. Wie höre ich auf zu kämpfen, wenn ich Bundesgenossen suche, um im Kampf erfolgreicher bestehen zu können? Gewiß, wenn ich Bundesgenossen habe, muß ich auf sie Rücksicht nehmen, ich kann mitunter deshalb dem geschlagenen Feind nicht so schwere Bedingungen auferlegen, als ich täte, wenn ich allein ihn besiegt hätte. Aber was hilft mir dieses „hätte", wenn ich in Wirklichkeit ohne den Alliierten geschlagen wurde!

Die grundsätzliche Verwerfung jeglicher Koalition unter allen Umständen entspringt jener Auffassung des Klassenkampfes, die alle bürgerlichen Parteien ohne Ausnahme als die gleiche reaktionäre Masse betrachtet, eine Auffassung, die niemand mehr bekämpfte als Marx, weil sie mehr der Klassenborniertheit als dem Klassenbewußtsein Vorschub leistet.

Otto Bauer, dessen Radikalismus doch nicht bezweifelt werden wird, hat dann auch die Koalitionspolitik keineswegs grundsätzlich verworfen, sondern sie sogar eine Zeitlang selbst praktisch mitgemacht.

Natürlich muß man zwischen Koalition und Koalition unterscheiden. Nur unter bestimmten Voraussetzungen wi[rd] sie von Vorteil sein.

Sehr wichtig für diese Frage ist der Artikel, den Otto Bauer in der Berliner „Freiheit" vom 3. Januar 1922 veröffentlichte, unter dem Titel „Koalitionsregierungen und Klassenkampf".

Er unterscheidet zwei Arten Koalitionsregierungen. Die einen nennt er „reformistische". Sie wurden gebildet zu einer Zeit, wo die Bougeoisie noch in gewaltiger Uebermacht über das Proletariat herrschte und daher ihm keine Zugeständnisse zu machen brauchte. Wenn einmal eine bürgerliche Regierung einen einzelnen Sozialisten in ihre Mitte aufnahm, wurde dieser dadurch verantwortlich für die rein kapitalistische Regierungspolitik.

Ganz anders heute, wo das Proletariat so erstarkt ist, daß wir ein Gleichgewicht der Klassen haben.

„Wo solches Gleichgewicht der Klassenkräfte besteht, dort kann eine Koalitionsregierung eine vorübergehende Notwendigkeit sein."

Darin stimme ich Otto Bauer vollständig zu. Dagegen scheint es mir, daß er zu sehr lokale österreichische Verhältnisse generalisiert, wenn er unter den Machtmitteln besonders die militärischen hervorhebt, über die das Proletariat verfügen muß, um als gleichstarker Faktor der bürgerlichen Welt gegenüber zu stehen, und der Koalition ihren „reformistischen" Charakter zu nehmen.

„Der reformistische Ministerialismus ließ proletarische Parteien an der Regierungsgewalt teilnehmen, obwohl die vielen militärischen und ökonomischen Machtmittel von der Bourgeoisie monopolisiert blieben, die österreichische Koalitionsregierung dagegen beruhte auf der Tatsache, daß die vielen Machtmittel, die Ver-

*) Ein Kapitel aus einem noch nicht vollendeten Buch über sozialistische Streitfragen unserer Zeit. Wir stellen diese Ausführungen zur Diskussion. Red. der „Freiheit".

Die Deutsche Volkspartei und Hermes

Der „erträgliche Ausgleich" bei den Steuervorlagen

Die Mitteilung, daß der Finanzminister Hermes mit der Deutschen Volkspartei verhandelt, um mit ihr eine Verständigung über die Steuerfragen herbeizuführen, wird jetzt auch von der „*Täglichen Rundschau*" bestätigt. Das Blatt schreibt, nachdem es zunächst die Abneigung des Reichskanzlers Dr. Wirth gegen die Deutsche Volkspartei hämisch glossiert hat, folgendes:

„Dr. Hermes bemüht sich als *ehrlicher Mittler* um eine Erledigung der parlamentarischen Finanzverhandlungen auf denkbar breitester Grundlage. Er wird demnächst die Führer der Deutschen Volkspartei zu sich bitten und mit ihnen die steuerpolitische Lage durchsprechen. **Jedenfalls kann die Deutsche Volkspartei mit Hermes ersprießlicher verhandeln als mit Wirth.** Da der Reichsfinanzminister unseres Wissens nach durchaus mit offenen Karten gegenüber der Volkspartei zu spielen beabsichtigt, so dürfte auch für die Volkspartei keine Veranlassung vorliegen, **mit ihren Garantieforderungen für die endgültige Zustimmung zum Steuerkompromiß noch längere Zeit in der Reserve zu bleiben.**

Es muß ausdrücklich betont werden, daß die Steuerfrage mit einer regierungspolitischen Verwirklichung der großen Koalition *direkt* nichts zu schaffen hat. So oft diese Feststellung auch von den wirklich unterrichteten Kreisen in aller Deutlichkeit gemacht wurde, immer wieder schwirren in der politischen Atmosphäre Gerüchte umher, die wissen wollen, daß die Wiederaufnahme der Beratungen über das Steuerkompromiß gleichzeitig den Versuch in sich schließe, die Deutsche Volkspartei mit der Sozialdemokratie derart zu versöhnen, daß sie in ein gemeinsames Kabinett eintreten könnten. So wurde jetzt auch wieder behauptet, daß in der gestrigen Kabinettssitzung Stimmen laut geworden wären, die den Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung befürwortet hätten. Das ist, wie wir hören, *nicht zutreffend*. Wenn auch im Laufe der Debatten selbstverständlich hier und da einmal die Frage gestreift wird, so kann man deswegen doch keinesfalls von neuen Koalitionsabsichten sprechen. Die Frage ist schon dadurch gegenwärtig ziemlich gegenstandslos, daß die Ministerposten, die seinerzeit im Herbst angeblich für die Deutsche Volkspartei bereitgehalten wurden, sich nun ja allergrößtenteils in festen Händen befinden. Das Schwergewicht der ressortmäßigen Tätigkeit des Herrn Hermes ist von dem immer bedeutungsloser gewordenen Reichsernährungsministerium mehr und mehr nach dem Reichsfinanzministerium hinübergewandert. **Die Deutsche Volkspartei hätte gar keine Veranlassung, Herrn Hermes als Finanzminister zu entthronen,** um ein eigenes Mitglied auf diesen Posten zu setzen. Die große Koalition könnte also nur durch eine große Kabinettskrise zustande kommen. Eine solche liegt aber in weiter Ferne und würde vermutlich selbst im Falle neuer Steuerschwierigkeiten nicht ausbrechen. **Aller Wahrscheinlichkeit nach wird es Herrn Hermes gelingen, mit der Deutschen Volkspartei einig zu werden, zum mindesten für die Verabschiedung der Steuervorlagen einen erträglichen Ausgleich zu finden.**

Diese Mitteilungen bestätigen, was bei der reaktionären Natur Hermes selbstverständlich ist: Er bemüht sich eifrig um die Gunst der Deutschen Volkspartei, und diese gedenkt seine für die Interessen des agrarischen und industriellen Kapitals so überaus verdienstvolle Tätigkeit durch die dauernde Uebertragung des Finanzministeriums zu belohnen. Inwieweit diese Absichten sich in Uebereinstimmung befinden mit den Absichten der *Zentrumspartei*, ist ungewiß. Daß sich dort eine wesentliche Abschwächung der Sympathien für die Deutsche Volkspartei zeigt, geht aus einer Aeußerung der „*Rheinischen Volkswacht*", des offiziellen Parteiblattes der rheinischen Zentrumspartei, hervor. Dieses Blatt weist anläßlich der Magdeburger Rede des Abg. Dr. Petersen auf die Abkühlung der demokratischen Hinneigung zur großen Koalition hin und bemerkt dazu:

„Im *Zentrum* steht es unseres Wissens zur Zeit nicht besser um den großen Koalitionsgedanken, und man beginnt, eine Verbreiterung der Regierung *nach links* ins Auge zu fassen. Wir brauchen kaum ausdrücklich zu sagen, daß uns die Möglichkeit einer Regierung mit den Unabhängigen *keine besondere Freude* macht. Wenn indessen keine andere Möglichkeit bleibt und die Staatsnotwendigkeiten dies erfordern, muß ihnen, ob lieb oder unlieb, *Rechnung getragen werden*. Die Schuld an dieser Entwicklung trägt dann eben nicht das Zentrum oder eine andere Regierungspartei, sondern lediglich die *Deutsche Volkspartei*, die es verstanden hat, sich in eine Linie mit den Kommunisten und den Deutschnationalen zu manövrieren."

Wir möchten einstweilen dieses Bekenntnis zur Geneigtheit einer Steuermehrheit nach links nicht überschätzen. Immerhin zeigt es doch, daß die Anmaßung der Deutschen Volkspartei, die nach den Auslassungen der „Täglichen Rundschau" jetzt wiederum mit ihren frechen Garantieforderungen hervortreten will, auch auf die lammfrommen Zentrumskreise verstimmend gewirkt hat.

Wie die Zwangsanleihe aussehen soll

Nach einer Meldung des „Berliner Tageblatts" soll der Entwurf des Ermächtigungsgesetzes, durch das die Zwangsanleihe gesetzlich in Aussicht genommen wird, etwa folgenden Wortlaut haben:

„Die Reichsregierung wird die *Mittel für die Kredite*, die durch das Reichshaushaltsgesetz des Reichshaushalts des Jahres 1922 bereitgestellt und *nicht* für die Verkehrsanstalten bestimmt sind, im Wege einer in Reichsmark einzuzahlenden in den ersten *drei Jahren unverzinslichen Zwangsanleihe* in Höhe des Gegenwerts von einer Milliarde Goldmark flüssig machen."

Wenn diese Meldung zutreffend ist, so liefert sie einen neuen Beweis für die Richtigkeit des von der Unabhängigen Fraktion dem Steuerkompromiß und der Zwangsanleihe gegenüber eingenommenen Standpunktes. Das Ermächtigungsgesetz ist so *unbestimmt* gehalten wie nur irgend möglich. Es würde also nach dieser Richtung hin durchaus den Forderungen entsprechen, die die Deutsche Volkspartei aufgestellt hat, und auch ihrem Schützling Hermes die Möglichkeit liefern, die Wirkung der Zwangsanleihe so abzuschwächen, daß sie als *Last* für die Besitzenden überhaupt *nicht mehr in Frage kommt*.

Will die rechtssozialistische Fraktion auch diese bittere Pille schlucken? Ihre bisherige Nachgiebigkeit in den Steuerfragen scheint bei den bürgerlichen Parteien die Meinung aufkommen zu lassen, als ob man der Zustimmung der rechtssozialistischen Fraktion zu dem Steuerkompromiß unter allen Umständen sicher ist.

fügung über die Armee und über die Verkehrsmittel in die Hände des Proletariats gefallen waren."

Bauer ist offenbar der Ansicht, daß das Proletariat in den Parteien der zweiten Internationale über weniger Machtmittel verfügt, als in Oesterreich, sonst würde er nicht hinzufügen, daß „der reformistische Ministerialismus heute die Parteien der zweiten Internationale beherrscht."

Meines Erachtens ist das Proletariat in Deutschland stärker als in Oesterreich, obwohl es hier nicht wie dort über die Reichswehr verfügt. Es ist hier zahlenmäßig der Bauernschaft weit mehr überlegen, als in den Alpenländern. Und in noch höherem Grade gilt das von England, wo eine Bauernschaft überhaupt nicht mehr existiert. Stark ist die Bauernschaft in Belgien und Dänemark. Doch auch dort ist das Proletariat an relativer Kraft im Staate dem österreichischen sicher ebenbürtig. Eine Koalitionspolitik in diesen Ländern ist also über jenes Stadium schon hinausgewachsen, das Bauer als das des „reformistischen Ministerialismus" bezeichnet.

Aber darin hat Bauer vollständig Recht: Die Koalitionspolitik hat um so mehr Aussicht auf Erfolg, die Gefahren, die sie in sich trägt, werden unleugbar um so mehr vermindert, je größer die proletarische Macht, die hinter den sozialistischen Ministern in der Koalitionsregierung steht. Wo einmal die Koalitionspolitik, unvermeidlich geworden ist, da gilt es also, um sie möglichst nutzbringend für das Proletariat zu gestalten, dessen Macht aufs höchste zu steigern.

Das aber erheischt vor allem: Geschlossenheit des Proletariats. Wer die Gefahren der Koalitionspolitik auf ihr Minimum reduzieren will, hat vor allem die Aufgabe, auf die sozialistische Einigkeit hinzuwirken. Wer dieser entgegenwirkt, der beseitigt damit nicht die Notwendigkeit der Koalitionspolitik, er bewirkt bloß, daß sie unter ungünstigeren Bedingungen vor sich geht, als es sonst der Fall wäre.

Die Gegner der Koalitionspolitik in unseren Reihen halten ihr meist die Vorteile einer rein sozialistischen Regierung entgegen. Aber dieser Vergleich ist ganz sinnlos, denn kein Sozialist wird eine Koalitionsregierung bevorzugen, wenn er eine rein sozialistische haben kann. Nur diese kann uns den Weg zum Sozialismus eröffnen, nur diese wird energisch und planmäßig an das Werk der Sozialisierung des kapitalistischen Produktionsprozesses herangehen. Darüber besteht ja gar keine Frage.

Hier handelt es sich aber um das Stadium, in dem das Proletariat noch nicht genügend Macht hat, eine rein sozialistische Regierung einzusetzen und zu behaupten, wohl aber schon die Macht, jede Regierung unmöglich zu machen, die als eine direkt proletarierfeindliche auftritt. In diesem Stadium kann die Frage bloß die sein: Koalitionsregierung oder eine bürgerliche Regierung von des Proletariats Gnaden. Eine rein sozialistische Regierung von der liberalen Bourgeoisie Gnaden dürfte so selten sein, daß wir hier von ihr absehen können. Auch sie könnte nicht das leisten, was nur ein sozialistisches Ministerium leisten müßte, hinter dem ein übermächtiges Proletariat steht.

Es kann der Fall vorkommen, daß eine sozialistische Partei es vorzieht, wenn das bürgerliche Regime außerordentliche Schwierigkeiten hervorruft, der Bourgeoisie die dornenvolle Aufgabe zu überlassen, die Suppe auszulöffeln, die sie eingebrockt hat, z. B. heute die Kriegsfolgen zu überwinden. Aber sehr oft kann es äußerst gefahrvoll für das Proletariat werden, die Verfügung über die Machtmittel des Staates uneingeschränkt bürgerlichen Elementen zu überlassen. Genosse Bauer sagt, daß in Oesterreich die Koalitionspolitik vom Standpunkt des revolutionären Sozialismus gestattet war, weil es dort das Proletariat verstand, sich der Wehrmacht zu bemächtigen. Ich möchte aber noch hinzufügen: Gerade weil die Wehrmacht in proletarischen Händen war, durften die Sozialisten es riskieren, aus der Koalition herauszugehen, sobald sie ihnen unbequem wurde.

In einem Lande, in dem die Wehrmacht nicht in den Händen des Proletariats ist, und das wird für lange hinaus die Regel sein, kann es von den verhängnisvollsten Folgen werden, wenn die Sozialdemokratie die gesamten Machtmittel des Staates in rein bürgerliche Hände legt, ohne jede Kontrolle und ohne jede Einflußnahme auf ihre Verwendung.

Nun widerstrebt die Koalition sicher dem Wesen des Proletariats. Ich habe einmal ausführlicher (in einem Artikel über „Klassendiktatur und Parteidiktatur" im Wiener „Kampf", August 1921), dargetan, daß keine der bürgerlichen Parteien eine reine Klassenpartei ist, sondern jede aus einer Vereinigung verschiedener Klassenelemente besteht. Nur die Sozialdemokratie ist eine reine Klassenpartei. Dieser Umstand läßt das Proletariat auch mehr, als andere Klassen, einer zeitweiligen Zusammenfassung verschiedener Parteien zu einer Koalition widerstreben. Andererseits steht das Proletariat wegen seiner Klassenlage in stärkster Opposition zur bestehenden Gesellschaftsordnung und das drängt es auch zu steter Opposition im Staate. Das Aufgeben der Oppositionsstellung zu einem andern Zwecke als dem der sofortigen Ueberwindung des Kapitalismus geht ihm daher wieder die Natur.

Aber das psychologisch Begreifliche ist nicht immer das sachlich zweckmäßige. Wir haben unser Handeln nicht bloß nach unsern Bedürfnissen, sondern auch nach unserer Erkenntnis einzurichten. Jene psychologischen Momente erklären, warum diejenigen, die der Koalitionspolitik und dem Aufgeben der Opposition grundsätzlich widerstreben, im Proletariat leichter Beifall finden, als die Vertreter der gegenteiligen Meinung. Sie erklären es, warum sich die Idee der Koalitionspolitik nur schwer und langsam durchsetzt. Aber sie können es nicht verhindern, daß das Notwendige doch kommt, wenn auch nicht mit der Raschheit und Energie, die oft wünschenswert wäre. Die Idee der Koalitionspolitik wird in dem Stadium, in dem sich die kapitalistischen Länder jetzt befinden, trotz aller Widerstände immer mehr an Boden gewinnen und die proletarische Politik immer mehr beherrschen, nicht als Ersatz für die proletarische Revolution, als der sie vielfach angepriesen wurde, was der Propagierung der Koalitionsidee nicht gerade förderlich war, sondern als Einleitung und Vorbereitung dieser Revolution, das heißt, der politischen Alleinherrschaft des Proletariats durch eine rein sozialistische, von einer proletarischen Uebermacht getragenen Regierung.

In seinem berühmten Artikel „Zur Kritik des sozialdemokratischen Parteiprogramms" sagt Marx:

„Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Dem entspricht auch eine politische Uebergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann, als die revolutionäre Diktatur des Proletariats."

Diesen Satz können wir heute auf Grund der Erfahrungen der letzten Jahre für die Frage der Regierung dahin variieren, daß wir sagen:

„Zwischen der Zeit des rein bürgerlich und des rein proletarisch regierten demokratischen Staates liegt eine Periode der Umwandlung des einen in den anderen. Dem entspricht auch eine politische Uebergangsperiode, deren Regierung in der Regel eine Form der Koalitionsregierung bilden wird."

Das wird überall dort gelten, wo sich die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat auf dem Wege der Demokratie vollzieht, und das ist nach dem Zusammenbruch der großen Militärmonarchien der normale Weg dafür. Wer heute noch die Koalitionspolitik grundsätzlich verwirft, der ist blind für die Zeichen der Zeit. Der ist unfähig, ihren Aufgaben gerecht zu werden.

Das teuere Inlandsgetreide

Weltmarktgetreide wesentlich billiger

Durch die vor einigen Tagen eingetretene Brotpreiserhöhung richten sich mal wieder die Augen der Allgemeinheit auf das Problem unserer Brotversorgung bzw. Getreidebewirtschaftung.

Nach dem jetzt bestehenden Umlagesystem sollten bekanntlich 2½ Millionen Tonnen Brotgetreide bis Ende Februar 1922 aufgebracht werden. Hiervon sind bis jetzt rund 2,2 Millionen Tonnen angeliefert (gleich ca. 88 Prozent). Nach Ansicht maßgebender Kreise dürfte sich auch das Endresultat durch noch zu erwartende weitere Anlieferungen nicht wesentlich besser gestalten. Sind schon während der vorher bestehenden Zwangswirtschaft nachweislich allein in einer Provinz für 20—30 Millionen Mark Brotgetreide der menschlichen Ernährung durch Verfütterung entzogen worden, so steht auch heute fest, daß **in sehr erheblichem Maße Brotgetreide verfüttert worden** ist, da von Anfang an jede ordnungsmäßige Kontrolle gefehlt hat.

Ebenso ist es in allen eingeweihten Kreisen ein offenes Geheimnis, daß das **vom Reich verbilligte Mehl an jeder Börse zum freien Handelspreis** gehandelt wurde und gekauft werden konnte! — Trotz des seinerzeit gesetzlich festgelegten sehr geringen Umlagezolls ist auch in einer Reihe von Provinzen in unverantwortlicher Weise eine Herabsetzung der Ablieferungsmenge bis zu 50 Prozent erfolgt. Um so merkwürdiger mutet daher an, daß in **eben denselben Provinzen**, — höchstwahrscheinlich gerade als Folge dieser Herabsetzung — **3 bis 5 mal mehr Freigetreide als Umlagegetreide verladen worden ist.**

Haben wir schon als Folge der Umwandelung der früheren Zwangswirtschaft in die jetzige Umlage die heutigen enorm erhöhten Brotpreise zu verzeichnen, so ist es verständlich, daß weite Schichten der Bevölkerung nur mit allergrößter Besorgnis dem völligen, nur ganz gewissen Kreisen dienenden Abbau entgegensehen. Die zuständigen Regierungskreise sollen bedenken, was in diesem Falle für Brotpreise zu erwarten sind, wenn jetzt schon nachweislich für **die nächstjährige Ernte Kaufverträge abgeschlossen werden unter Zugrundelegung eines Weizenpreises von Mark 1600 pro Doppelzentner, wogegen sich heute der Preis für Auslandsweizen zwischen 800 — 1000 Mark pro Doppelzentner bewegt.**

Die Sachlieferungen

Reparationsdebatte im Auswärtigen Ausschuß

Freitag vormittag 10 Uhr trat im Reichstag der Auswärtige Ausschuß zusammen, um sich mit der Reparationsfrage im allgemeinen und mit dem Problem der Aufbringung der Sachleistungen für das laufende Jahr zu beschäftigen. Bei Erörterung dieses Themas wurden insbesondere die gegenwärtigen im Gange befindlichen Verhandlungen mit dem in Berlin weilenden Vertreter der Reparationskommission, Bemelmans, erörtert. Zu Beginn der Sitzung hielt Staatssekretär v. Simson einen längeren Vortrag über den Stand des Reparationsproblems. Ihm folgte Staatssekretär Müller vom Wiederaufbauministerium, der über die Entwicklung des Reparationsproblems und über den gegenwärtigen Stand der Besprechungen mit Bemelmans berichtete. An die Ausführungen der Regierungsvertreter schloß sich eine längere Aussprache.

Groener gegen Hermes

In der gestrigen Sitzung der Pressekonferenz wurde an die Reichsregierung die Anfrage gerichtet, ob der Reichsverkehrsminister Groener, der es abgelehnt hat, mit Beamten zu verhandeln, gegen die ein Disziplinarverfahren schwebe, noch an den Verhandlungen des Kabinetts teilnehme. Denn es schwebe ja auch gegen ein Mitglied des Kabinetts (Hermes) ein Disziplinarverfahren in Form eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses wegen unrechtmäßiger Verwendung von öffentlichen Geldern.

Der Regierungsvertreter erklärte darauf, es bestehe doch ein Unterschied zwischen streikenden Beamten oder Arbeitern und einem Untersuchungsverfahren gegen einen Minister. Außerdem hätten die Vertreter der Reichsgewerkschaft, unter denen zwei Beamte waren, gegen die ein Disziplinarverfahren schwebte, gerade über die Urheberschaft am Streik mit dem Minister verhandeln wollen. Es sei doch auch ein Unterschied, ob man mit den Beteiligten über die Urheberschaft am Streik verhandele oder mit einem Minister über allgemeine Fragen.

Damit war diese kitzliche Frage erledigt.

Der Gleiwitzer Polizistenmord

Das Auswärtige Amt hat am 23. d. M. durch den Vertreter des deutschen Bevollmächtigten in Oppeln der Interalliierten Kommission folgende Note übergeben:

Am 19. Februar ist in Gleiwitz der deutsche Polizeiwachtmeister Paul Rüsenberg, während er sich in Ausübung seines Dienstes befand, von drei betrunkenen französischen Soldaten tätlich angegriffen und erschossen worden. Die deutsche Regierung darf erwarten, daß mit größtem Nachdruck eine Untersuchung des Vorfalls eingeleitet wird und die Schuldigen der verdienten Sühne zugeführt werden. Sie ist bereit, ihrerseits Zeugen für den Vorfall namhaft zu machen. Die deutsche Regierung bittet, ihr über die Ergebnisse der Untersuchung Mitteilung zu machen. Sie muß sich alle Rechte auf eine angemessene Genugtuung, insbesondere auch Schadenersatz für die Hinterbliebenen des Ermordeten, vorbehalten.

Die Rathenower Schießerei

Der Fall des Grafen Kalkreuth in Rathenow beschäftigt jetzt die Staatsanwaltschaft in Potsdam. Ein Beamter der Staatsanwaltschaft hat sich an Ort und Stelle begeben, um dort die erforderlichen Zeugenvernehmungen vorzunehmen. Auch das Reiterregiment in Rathenow hat den Begleiter des Schuldigen, den Grafen Pilati, eingehend vernommen. Nach den bisherigen Ermittlungen soll Graf Kalkreuth die Erschießung des Kaufmanns Hermann in einem Zustand nervöser Ueberreiztheit verübt haben. Der Graf soll schon mehrere Tage vor dem verhängnisvollen Zusammenstoß ein zerfahrenes und gereiztes Wesen zur Schau getragen haben. Die Rathenower Polizei hat die bei dem Grafen Kalkreuth gefundenen Briefe beschlagnahmt.

*

Es ist rührend, wie die zuständigen Stellen bemüht sind, für die schießwütigen gräflichen Leutnants von vornherein Entschuldigungsgründe zusammenzutragen. Die „nervöse Ueberreiztheit" ist in Wirklichkeit nichts anderes als der überstiegene Leutnantsdünkel, der in jedem Zivilisten eine Kanaille sieht. Aus dieser Einstellung allein ist die Bluttat geboren worden.

Kein Haftbefehl gegen Kähne

Am Donnerstag ist die Voruntersuchung im Fall Kähne weiter fortgesetzt und noch eine Anzahl weiterer Zeugen vernommen worden. Das Verfahren gegen den Rittergutsbesitzer geht inzwischen weiter, und es ist damit zu rechnen, daß bereits im kommenden Monat die Verhandlung gegen Herrn v. Kähne stattfinden kann. Der Untersuchungsrichter hat nach dem bisherigen Stand der Angelegenheit den von der Staatsanwaltschaft Potsdam beantragten Haftbefehl abgelehnt, da Fluchtverdacht nicht vorliege.

*

Glück muß der Mensch haben! Und er hat es in Deutschland, wenn er dem Adel oder dem reaktionären Offizierkorps angehört und mit den Strafgesetzen in Konflikt kommt. Wenn das Gericht einen Fluchtversuch nicht für vorliegend erachtet, muß Herr Kähne nichtsdestoweniger in Haft genommen werden, weil nachgewiesenermaßen Verdunkelungsgefahr besteht. Dadurch ist die sofortige Verhaftung des Herrn Kähne ebenso dringend geboten, wie bei einem etwaigen Fluchtverdacht.

Erzbergers Mörder

Von München nach Budapest

Die badische Staatsanwaltschaft hat zur Aufdeckung der Münchener Mörderzentrale einen neuen Schritt getan. Auf Grund der Ermittelungen, die deutsche Kriminalbeamte in Budapest anstellten, gelang es, die Verbindungen aufzudecken, die von Budapest nach München führten. Der bereits verhaftete Hauptmann Dr. Müller, der mit den Mördern korrespondierte und sie im Dezember in Budapest persönlich besucht hatte, war Leiter der Rechtsabteilung der bayrischen Einwohnerwehr in München. Sein Bureau befindet sich heute noch im Ringhotel, dem ehemaligen Staatsquartier der bayrischen Einwohnerwehr. Seine Privatwohnung hatte Herr Müller bei dem berüchtigten Orgeschführer Dr. Pittinger, dessen hochverräterische Tätigkeit letzthin durch den deutschnationalen Schriftsteller August Abel aufgedeckt wurde. Auch Pittinger ist verhaftet worden. Die Münchner reaktionäre Presse ist wütend, weil badische Gerichtsbeamte in München einen neuen Griff in das Mördernest getan haben. Das sei ein „Eingriff in die staatliche Selbständigkeit Bayerns". Zur staatlichen Selbständigkeit Bayerns gehört es anscheinend auch, daß dort Mörder, Hochverräter und andere Verbrecher behördlicherseits in Schutz genommen werden.

Russischer Protest gegen Poincaré

O. E. Riga, 24. Februar.

Wie der Korrespondent des Ost-Expreß erfährt, bereitet das Volkskommissariat des Aeußeren eine Note vor, die Anfang nächster Woche an sämtliche Ententeländer, außer Frankreich, gerichtet werden wird; der Inhalt dieser Note wird sich im wesentlichen mit den Ausführungen der amtlichen Moskauer „Prawda" vom 22. d. Mts. decken. Die „Prawda" schreibt, die Vorkonferenz, an der auf Betreiben Frankreichs auch die Sachverständigen der Kleinen Entente teilnehmen sollen, verfolge den Zweck, Rußland in Genua vor vollzogene Tatsachen zu stellen. Wenn Lloyd George der französischen Regierung dieses Zugeständnis mache, so würden die europäischen Staaten sich ohne Teilnahme Rußlands auf Rußlands Kosten einigen, und die Konferenz von Genua wäre sinnlos; sie werde sich in eine Komödie verwandeln, an der teilzunehmen für Sowjetrußland keinen Sinn hätte. Dies wäre ein voller Sieg der französischen Diplomatie und das Zugrabetragen aller in Cannes getroffenen Entscheidungen. Die Genueser Konferenz müsse so stattfinden, wie sie in Cannes geplant wurde. Als die Sowjetregierung sich bereit erklärte, an der Konferenz von Genua teilzunehmen, habe sie dies als Antwort auf die Beschlüsse von Cannes getan. Sie habe sich aber nicht bereit erklärt, an der Komödie teilzunehmen, die Herr Poincaré aus ihr machen wollte. Wenn die Große und die Kleine Entente bereits vorher getroffene Beschlüsse Rußland notifizieren wollen, so könnten sie dies auch per Radio tun und auch die Antwort durch Funkspruch erhalten. Rußland sei zu arm, um eine zahlreiche Delegation nach Genua zu entsenden, damit sie italienische Luft atmen könne.

Die Affäre Meunier vor der Kammer

Paris, 24. Februar.

Die heutige Kammersitzung beschäftigte sich mit drei Interpellationen über die Angelegenheit Paul Meunier, der, wie gemeldet, im November 1919 unter dem Verdacht, Beziehungen zum Feinde zu unterhalten, verhaftet worden war und dessen Freilassung vor einigen Tagen mangels jeglichen Beweises erfolgte. Die Kammer beschloß, daß mit diesen Interpellationen die Interpellation des Abgeordneten Paul de Cassagne über die Affäre des in Brüssel wohnhaften rumänischen Staatsbürgers Margulies verbunden werde, der zwei Jahre während des Krieges in Haft behalten wurde, und zwar ebenfalls unter der Anklage, Beziehungen zum Feinde unterhalten zu haben und dessen Vermögen die französische Regierung beschlagnahmt hatte. Margulies war freigesprochen und sein Vermögen freigegeben worden; er führte jedoch Beschwerde gegen zwei französische Sequester über einen von diesen in Rechnung gestellten Betrag von über 2 Millionen Franken. In dieser Angelegenheit spielt der österreichische Finanzmann Rosenberg eine Rolle. Der Advokat Rosenbergs in Sequesterangelegenheiten war der Bruder Clemenceaus, Albert Clemenceau. Die erste Interpellation über die Dauer der Untersuchungshaft Paul Meuniers begründet der sozialistische Abgeordnete Uhry. Er erklärt, Paul Meunier sei Monate auf Grund unbewiesener Aussagen in Untersuchungshaft gehalten worden. Das Gericht habe, da nichts Belastendes gegen Meunier und die mit ihm zugleich beschuldigte Dame vorlag, die Haftentlassung beschließen müssen.

Die Unruhen in Portugal

Paris, 24. Februar.

Die letzten Nachrichten aus Portugal vom 21. und 22. d. Mts. melden, daß der Präsident der Republik, Almeida, und die Mitglieder der Regierung das Fort Caxias verlassen haben und nach Lissabon zurückgekehrt sind, wo alles ruhig ist. Der Kriegsminister hat in Lissabon Truppen zusammengezogen. Der Ministerrat tritt unter dem Vorsitz Almeidas und in Gegenwart der Militärbehörden zur Prüfung der Lage zusammen. Nachrichten aus der Provinz lassen erkennen, daß auch im Lande Ruhe herrscht.

Deutscher Reichstag

Freitag, den 24. Februar

Nach Erledigung einiger kleiner Anfragen wird in die Beratung des fünften Nachtrags zum Reichshaushalt 1921 eingetreten.

Abg. **Steinkopf** (S. P. D.) begründet einen Antrag, die den Beamten zugesprochenen neuen Beihilfen bei einem Gehalt von mehr als 44 000 M. nicht auszuzahlen.

Abg. **Morath** (D. Vp.) und Abg. **Delius** (Dem.) widersprechen dem Antrage.

Abg. **Brennig** (U. S. P.): Wir betrachten die Beihilfen als einen Notbehelf und erwarten, daß eine Aenderung der Grundgehälter umgehend in Angriff genommen wird. Wir sind der Meinung, daß es nicht angängig ist, den oberen Beamten die gleichen Zulagen zu geben, wie den unteren und mittleren. Unser dahingehender Antrag ist im Ausschuß abgelehnt worden. Wir stimmen nunmehr dem Antrage Müller-Franken zu, daß bei einem Gehalt von mehr als 44 000 M. die Beihilfen nicht ausgezahlt werden. Der Antrag der S. P. D. wird abgelehnt.

Es folgt die Beratung eines dritten Nachtrags zum Haushalt des Auswärtigen Amtes, des Reichsministeriums des Innern, des Reichsarbeitsministeriums und des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft für das Rechnungsjahr 1921. Zu letzterem erklärt

Abg. Hertz (USP.):

Die von mir vor einigen Tagen geäußerten außenpolitischen Bedenken sind leider eher und in stärkerem Umfange bestätigt worden, als ich es zu befürchten wagte. Durch die Maisliebesgabe an die Agrarier liefern die Nationalisten Deutschlands, die Nationalisten Frankreichs die Waffen zur Bekämpfung ihres eigenen Volkes. (Sehr richtig links.) Die Maßnahme ist aber auch im größten Umfange unsozial. Die Brotzuschüsse werden beseitigt, während zur gleichen Zeit den schwerreichen Agrariern nochmals zweieinhalb Milliarden zugeschanzt werden. Trotz unserer Kritik hat die Regierung die fehlenden Unterlagen zur Begründung ihrer Nachtragsforderung nicht herbeigeschafft. Die Behauptung der Regierung, daß das Steigen der ausländischen Devisen die Hauptursache der Milliardennachforderung darstellt, ist unrichtig. Es sind im Gegenteil die umfangreichen Unregelmäßigkeiten, die selbst von der Regierung bestätigt werden müssen. Skandalös ist die Tatsache, daß, obwohl die Untersuchungshaft mehr als seit einem Jahre geht,

noch nicht ein einziger Betrüger bestraft

worden ist. Das ist ein Anreiz zu weiteren Betrügereien gewesen, besonders, da hervorragende Führer des Reichslandbundes sich dabei ausgezeichnet haben. **Freiherr von Wangenheim, von Hertzberg-Lottin** u. andere Größen sind noch immer straffrei, obwohl sie die Reichskasse um Hunderttausende geschädigt haben. Mehr als 900 000 Tonnen Mais sind zu Branntwein verarbeitet worden. In den Massen herrscht ungeheure Erregung darüber, daß wir an Nahrungsmitteln Not, an Branntwein gewaltigen Ueberfluß haben. Die Agrarier beugen sich nicht dem Recht und dem Gesetz, die Aufforderung zum Liefersstreik, zum Steuerstreik, die Ankündigung des Kampfes gegen die Getreideumlage sind erschreckende Symptome für den Tiefstand der staatsbürgerlichen Moral bei ihnen. Am besten ist diese niedrige Gesinnung der Landwirtschaft in einem Gedicht zusammengefaßt, das anläßlich des 50. Stiftungsfestes des landwirtschaftlichen Vereins in Ostritz vorgetragen wurde. Es heißt dort:

Und drohen auch Gesetz und Staat,
Der Landmann weiß sich immer Rat.
Man ist doch heut nicht mehr so dumm:
Geht's vorne nicht, geht's hinten rum.

Wer deshalb jetzt diese Milliardenforderung bewilligt, der **sanktioniert damit auch die zahllosen Betrügereien.** (Beifall bei den U. S. P.)

Nach einigen polemischen Bemerkungen des Abg. Schiele (Dtn.) gegen den Genossen Hertz werden dieser Titel und darauf ohne weitere Debatte die übrigen Nachtragsforderungen bewilligt.

Nach Ueberweisung des Kapitalfluchtgesetzentwurfes in die Ausschußberatung und nach debatteloser Verabschiedung der Anleihedenkschrift für das Reich, erfolgt die Weiterberatung des

Reichsjustizetats für das Jahr 1922

Abg. Dr. **Bell** (Ztr.): Es sind gesetzliche Erleichterungen der Ehescheidung verlangt worden. Diese Frage muß aber auch von nationalpolitischen Gesichtspunkten betrachtet werden. Ich glaube, der gegenwärtige Zeitpunkt ist dafür der ungeeignetste. Unser Staatsleben beruht auf der Familie, die Familie auf der Ehe. Wir wollen, daß die Ehe von Dauer ist, daß nicht leichtfertige Ehen geschlossen werden. Das beste Mittel dagegen ist die schwere Auflösbarkeit einer einmal geschlossenen Ehe. Es ist von Klassenjustiz gesprochen worden. Es darf nicht vorkommen, daß bei der Rechtsprechung zweierlei Maß angewendet wird. Schon jetzt besteht die Möglichkeit, das Laienelement mehr zur Rechtsprechung heranzuziehen. Mit der Absetzbarkeit der Richter würden wir erst recht eine Klassenjustiz bekommen.

Reichsjustizminister **Radbruch**: Herr Rosenfeld meinte, ich hätte gesagt, Klassenjustiz gäbe es nicht. In Wirklichkeit habe ich aber nur ausgeführt, daß ich dieses Schlagwort nicht gern gebrauche. In zahlreichen strafrechtlichen Urteilen über politische Fälle ist eine erschreckliche Verständnislosigkeit hervorgetreten. Wir fordern nicht, daß die Richter Gesinnungsrepublikaner sind, wollen aber, daß sie Vernunftrepublikaner sind, daß sie die Republik mindestens für absehbare Zeit (Unruhe links) als eine unabwendbare geschichtliche Notwendigkeit betrachten. Es ist eine Zeitungsfabel, ich hätte auf dem Görlitzer Parteitag die Absetzbarkeit der Richter gefordert, oder es sei dort ein solcher Beschluß gefaßt worden. (Hört! Hört!) Bei der juristischen Vorbildung müssen die Volkswirtschafts- und Privatwirtschaftslehre mehr betont werden. Bei der Ausgestaltung unseres Gerichtswesens richte ich meinen Blick nicht, wie der Kollege Rosenfeld wesens richte ich meinen Blick nicht, wie der Kollege Rosenfeld, auf reine Laiengerichte, bei der der Beamte lediglich als Verhandlungsleiter fungiert, sondern auf die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, die das Vertrauen der weitesten Kreise des Volkes genießen, weil sie in ihrer inneren Organisation

auf den Klassenstaat zugeschnitten

sind. Hinsichtlich des Reichsgerichts muß ich sagen, daß ich die Auffassung des Reichsgerichts über den Begriff Führer und Urheber, die in Ausführung des Amnestiegesetzes zum Ausdruck kommt, nicht teile. Um so nachdrücklicher möchte ich zusammenfassend sagen: **Allen Respekt vor unserem Reichsgericht!** (Hört! Hört!) Wir haben ein Recht, auch vom Auslande Respekt zu verlangen vor den Reichsgerichtsurteilen hinsichtlich der Kriegsverbrecherprozesse. **Im übrigen halte ich eine Amnestie der politischen Verurteilten für unerläßlich.** Ich habe Tag für Tag mit dem Begnadigungsverfahren in dieser Sache zu tun. Ich kenne die Sondergerichte durch und durch. **Das Begnadigungsverfahren ist aber das schlechteste aller Verfahren.** Im Laufe der Zeit tritt immer mehr hervor, daß meist die Tatsachen lauterer Solidarität entsprungen sind. Ich halte daher eine weitere Amnestie für unumgänglich.

Herr Rosenfeld hat mich gefragt, ob ich den ungeheuren Druck der Verantwortung fühle für den Geist der Justiz. Ja, ich fühle ihn. Aber er ist mir durch den Verlauf dieser Debatte erleichtert worden. Ich hatte den Eindruck, daß bei allen Parteien sich die Einsicht durchsetzt und der gemeinsame Wille, zu vertrauenswürdigen Justizzuständen zu kommen. Ich glaube, daß diese Debatte nicht ohne Einfluß auf unser Rechtsleben bleiben wird.

Abg. **Brodauf** (Dem.): Der Urheber des Urteils, das „Im Namen des Pöbels" abgesandt wurde, ist ebensowenig ermittelt worden, wie der Dieb der Akten, der mit seinem Diebstahl der Helfferich-Partei zu Hilfe kommen wollte. **Die Rechtsprechung nach links und nach rechts ist eine verschiedene.** Auch wir stimmen dafür, daß man den Frauen, die sich an der Bekleidung der öffentlichen Aemter beteiligen wollen, diese Möglichkeit gibt. Die Auslieferung der spanischen Mörder ist gerechtfertigt. **Wir brauchen ein Gesetz zum Schutz nur den Fremden.**

Abg. Herzfeld (Komm.): Der Justizminister ist der Richter über die beiden jetzt ausgelieferten Spanier gewesen. Die Auslieferung ist ein Klassenurteil, da sie sich gegen Revolutionäre gerichtet hat. Und ausgesprochen wurde dieses Urteil von einem Mann, der durch die Revolution auf den Ministersessel gekommen ist. Zum Schlusse tritt Redner für eine Aenderung des Eherechts ein und fordert weitgehendste Amnestie für die politischen Vergehen.

Reichsjustizminister **Radbruch**: Die Verantwortung für die Auslieferung liegt bei der preußischen und bei der Reichsregierung. Beide waren gleicher Auffassung. Auch in der Schweiz und in England sind solche Auslieferungen erfolgt. Ich weise es weit von mir, den Standpunkt vertreten zu haben, wir liefern die Dato-Mörder aus und fordern dafür die Erzberger-Mörder von Ungarn.

Abg. Dr. Moses (USP.):

Nach so vielen vorzüglichen Reden von Juristen darf wohl auch mal der Arzt zu Worte kommen. Nach so vielen juristischen Haarspaltereien und Spitzfindigkeiten darf man wohl auch dem gesunden Menschenverstand zu seinem Recht verhelfen. Der Justizminister meinte, das Wort Klassenjustiz sei ein Schlagwort. Aber die gesamte sozialistische Presse bringt tagtäglich Beweise einer tatsächlich vorhandenen Klassenjustiz. Mit der Gedankenklarheit der Juristen ist das so eine eigne Sache. Wir meinen und im Volke meint man geradezu umgekehrt: eine Sache kann noch so klar sein, sobald die Juristerei hineinkommt, wird sie immer dunkler. (Sehr richtig! links.) Selbst der ehemalige Justizminister Heinze hat ausdrücklich zugestanden, daß die Klagen über Klassenjustiz nicht als ungerechtfertigt zu bezeichnen seien. Klassenjustiz schließt nicht in sich, daß der einzelne Richter bewußt das Recht beugt. Wir sagen vielmehr, aus seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten Klasse ist er nicht in der Lage, sich

in den Seelenzustand der arbeitenden Massen

hineinzuversetzen und daraus erklären sich die harten Urteile in manchen Rechtsfällen, ohne daß die Rechtsprechenden in der Lage sind, sie als Rechtsbeugungen empfinden zu können. **Heute aber herrscht in weiten Kreisen der Arbeiter die Anschauung, daß nicht nur eine Klassenjustiz wütet, sondern eine Art von Rache- und Revanchejustiz** (sehr wahr!) **gegenüber der Revolution und der Republik.**

Gegen die bayerischen Verhältnisse empört sich unser ganzes Empfinden. Hier wird verfügt, daß im Wege des Strafvollzugs die Menschen körperlich und seelisch gequält werden. Mehr noch als die Beamten wirken oft in diesem Sinne die Anstaltsärzte. **Unsere Klassenjustiz stützt sich auf eine Klassenmedizin.** Der Attentäter Hirschfeld wurde in die Sommerfrische geschickt, weil die Zellenluft seiner aristokratischen Gesundheit schaden könnte. Gegenüber Eulenburg wurde Prozeßunfähigkeit ausgesprochen, die für seine ganze Lebenszeit anhielt. Denken Sie an den Polizeiarzt, der den Kommunisten Sylt, der einen Bauchschuß hatte, acht Stunden liegen läßt! Alle diese Aerzte waren Klassenmenschen, die die Rettung von Staat und Gesellschaft höher stellen als die Tätigkeit, die ihnen ihr Beruf vorschreibt. Mir liegt ein Fall vor von einem Gefangenen, der in 13 Gefängnisse, Zuchthäuser und Irrenanstalten geschleppt worden ist. Er ist seelisch und körperlich herabgedrückt. Er berichtet mir, wie ein Anstaltsarzt, als man an sein ärztliches Gewissen appellierte, höhnisch geantwortet habe: „Ich habe einen Kompromiß geschlossen zwischen meinem ärztlichen Gewissen und der Staatsnotwendigkeit." Einem Untersuchungsgefangenen, der der ärztlichen Hilfe bedurfte, erklärte man:

„Was nützt es, Sie kommen ja doch bald ins Zuchthaus!"

Der Strafanstaltsarzt hat in jedem Falle nur den Menschen und nichts anderes zu sehen und ihm jede Hilfe zuteil werden zu lassen. In manchen Strafanstalten muß man erst halb tot sein, um überhaupt ärztliche Hilfe zu bekommen. Bewußt werden Menschen körperlich und seelisch zugrunde gerichtet, die nichts weiter begangen haben, als daß sie ihrer Ueberzeugung treu geblieben sind. Wir fordern Amnestie für alle politischen Verbrecher. Und wie steht es denn mit den sogenannten gemeinen Verbrechern? Den Bestien aus dem Aulock-Prozeß, die noch Schlimmeres begangen als Plünderungen, Sprengungen von Bahnschienen, die unter Beifallsgewieher ihrer Klassengenossen wehrlose Menschen viehisch geschunden und gepeitscht haben, hat man als politische Verbrecher Amnestie zuteil werden lassen. Diejenigen aber, die unter dem Druck der Massenpsyche hier und da vielleicht das geheiligte Eigentum mißachtet haben, wozu man sie im Kriege dressiert hatte, büßen jetzt ihre Erziehung während des Krieges. Die hier inhaftiert gewesenen politischen Verbrecher aus Spanien sind der spanischen Regierung ausgeliefert worden. Alle Proteste kommen jetzt zu spät. Denn wie wir heute in der Presse lesen können, sind sie bereits in Madrid eingetroffen. Das ist ein Beweis dafür, daß die Regierung es sehr eilig mit der Auslieferung hatte. Diese Auslieferung hat eine ungeheure Erregung in der Arbeiterschaft hervorgerufen. Nicht etwa nur die sozialistische Presse aller Richtungen, sondern auch die bürgerliche Presse hat das Vorgehen der Regierung aufs allerschärfste verurteilt. Die Regierung hat das Asylrecht völlig illusorisch gemacht. Der Reichsjustizminister hat selbst betont, daß eine Umgestaltung des Auslieferungsvertrages dringend notwendig sei. Aber vorher mußten erst noch zwei Leute geköpft werden. (Abg. Lauscher (Ztr.): Hu! hu! — Hoffmann (K. A. G.): Ein würdiger Vertreter des Christentums!) Wenn Sie selbst das Vertrauen des Volkes zur Justiz heben wollen, müssen Sie zunächst den Geist an unseren Universitäten beseitigen. (Lebh. Beifall bei den U. S.)

Abg. **Adolf Geck** (U. S. P.): Gestatten Sie mir, einiges über das Verhalten der Justiz gegenüber der Presse hier zu sagen: Die Justiz segelt gegenüber der Presse im alten Kurs weiter. Ich möchte Ihnen ein ganz drastisches Beispiel aus Baden anführen. Die verantwortlichen Redakteure der Mannheimer „Tribüne" waren wegen einer Beleidigung angeklagt. Da diese Beleidigung wirklich auf unwahren Berichten beruhte, wurde bei der Gerichtsverhandlung ein Vergleich zwischen dem Beleidigten und den Redakteuren angebahnt, diese nahmen ihre Behauptungen zurück und der Fall war erledigt. Bald danach wurde der Redakteur der „Sozialdemokratischen Volkswacht" in Mannheim wegen einer ebensolchen Beleidigung angeklagt. Auch in diesem Fall konnte man zu einem Vergleich kommen. Da erschien Seine Majestät der Oberstaatsanwalt in dem Zuhörerraum. Als der Anklagevertreter nun einen solchen Vergleich anbahnen wollte, eilte, wie ein Bericht sagt, „der Oberstaatsanwalt in langen Sätzen auf das Richterpodium, riß dem dort sitzenden Anklagevertreter buchstäblich seine Robe herunter und postierte sich an dessen Stelle. Er hielt eine flammende Rede gegen die Presse! Er wollte erzieherisch wirken und beantragte die Verurteilung des Angeklagten." Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu einer Geldstrafe. Diesen Fall sollte man wohl nicht dem Justizminister, sondern dem Gerichtsarzt unterbreiten. Soll ein solcher Mensch wirklich noch weiter amtieren dürfen? Doch ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß auch ein Lichtstrahl das Dunkel unserer Justiz erhellen möge.

Bei der Abstimmung wird eine Entschließung des Ausschusses, den Schöffen und Geschworenen ausreichende Entschädigung zu gewähren, angenommen. Die Anträge unserer Partei werden abgelehnt.

Nächste Sitzung: Donnerstag, 2. März, 2 Uhr. — Schluß ½7 Uhr.

Keine Untersuchung der Gefängnisse

Auf der Tagesordnung der Freitagssitzung des zur Untersuchung der Gefängniszustände eingesetzten Ausschusses standen Petitionen von Gefangenen aus Glatz und Celle über schlechte Behandlung, schlechte Verpflegung und anderes. Genosse Rosenfeld beantragte in beiden Fällen Besichtigung der Strafanstalten. Aber in beiden Fällen wandten sich die Vertreter sämtlicher bürgerlicher Parteien dagegen, weil der Strafvollzug Landessache sei. Nicht einmal der Antrag des Rechtssozialisten Grotjahn, „die Zustände in der Strafanstalt Celle zu untersuchen und später zu prüfen, in welcher Weise die Untersuchung vor sich gehen soll", fand Gnade vor den Augen der bürgerlichen Parteien. Vor allem war es der Vertreter Bayerns, der, offenbar in der Befürchtung, der Reichstagsausschuß könnte auch einmal nach Nieder-Schönenfeld kommen, wieder einmal gegen eine Untersuchung Einspruch erhob.

Nach dieser „sachgemäßen Erledigung" der Petionen wurde über den weiteren Antrag des Genossen Rosenfeld beraten, nunmehr die Prüfung der Strafanstalten fortzusetzen und zunächst die Strafanstalt Plötzensee zu besichtigen. Auch gegen diesen Antrag erhoben die bürgerlichen Parteien, angeblich auf Grund der Verfassung mit Rücksicht auf die Justizhoheit der Länder, Einspruch. Der Demokrat Dr. Brodauf beantragte, zunächst bei der preußischen Regierung anzufragen, ob sie mit der Besichtigung durch den Reichstagsausschuß einverstanden sei. Dr. Grotjahn erhob gegen letzteren Antrag prinzipielle Bedenken, und so ergab sich das Resultat, daß sowohl der Antrag Rosenfeld wie der Antrag Brodauf mit drei gegen drei Stimmen abgelehnt wurden.

Der Ausschuß hat also selbst abgedankt. Es gelang unserem Genossen lediglich durchzusetzen, daß zur weiteren Beratung der Durchführung der Untersuchungen in einer neuen Sitzung der Justizminister zugezogen werden soll.

Preußischer Landtag

Freitag, den 24. Februar

Abg. **Scholem** (Komm.) beantragt zur Geschäftsordnung, an erster Stelle die Auslieferung der Mörder Datos zu behandeln. — Abg. **Leid** (USP.) verweist auf den Beschluß des Aeltestenrats, dem die Kommunisten zugestimmt haben, die Angelegenheit zusammen mit den Amnestieanträgen in der ersten Sitzung nach der Pause, am 6. März, zu behandeln. Nachdem die Spanier bereits in Madrid eingetroffen sind, kann es uns nur daran liegen, in einer sachlichen Aussprache die Regierung zu stellen. Das muß selbstverständlich in aller Schärfe geschehen, wenn möglich auch noch heute.

Das Haus bestätigt den Beschluß des Aeltestenrates.

Hierauf wird die Beratung des Kultusetats beim Abschnitt höhere Lehranstalten usw. fortgesetzt.

Abg. **Herrmann** (Dem.): Gerade die höheren Schulen, die die künftigen hohen Beamten stellen, müssen sich auf den neuen Staat einstellen.

Abg. Frau Oventrop (USP.):

Die Arbeiterschaft und weite Kreise der Eltern stehen unserem Schulwesen, besonders dem höheren Schulwesen, ablehnend gegenüber. **Die höheren Schulen sind ausgesprochene Standesschulen.** Es wird den Kindern dort vielfach beigebracht, daß körperliche Arbeit gewissermaßen eine Schande sei. Die Geistesbildung wird durch Anhäufung von Gedächtnisstoff auf Kosten der Verstandsbildung überschätzt. Eine vollständige Umgestaltung der Lehrpläne der höheren Schulen ist dringend notwendig. Die Jugend muß für das praktische Leben erzogen werden, und zwar die weibliche Jugend ebenso wie die männliche. Gegen Lehrer, die die Republik und ihre Regierung beschimpfen, muß endlich disziplinarisch vorgegangen werden. In Elberfeld hat der Schuldirektor Hübler seine Schüler amtlich zu einem Vortrag des Kolonialfeldwebels Paul eingeladen. Paul hat dann im Beisein des Direktors den Erzbergermord verherrlicht, die Regierung als „Schweineregierung" bezeichnet und die jüdischen Volksgenossen durch Ausdrücke wie Saujudenwirtschaft beschimpft. Die Organisation „Stahlhelm" und der „Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund" waren in der Versammlung zugegen, mit Gummiknüppeln und Schlagringen bewaffnet. Sie johlten dem Redner zu. Ist das Jugenderziehung? Wir fordern vom Minister, daß er den Direktor Hübler aus dem Amte entfernt. Die Turnlehrerinnen und Turnlehrer müssen eine bessere Ausbildung bekommen, um die gesundheitlichen Schädigungen der Mädchen zu verhüten. Die Ausbildung muß für beide Geschlechter gemeinsam erfolgen. In die Provinzialschulkollegien muß ein neuer Geist einziehen. Bei der Bestätigung der Lehrer ist Rücksicht auf die Wünsche der Kommune zu nehmen. Das ist bisher noch nicht geschehen. (Bravo bei den U. S. P.)

Die Abg. **Prelle** und **Biester** (D.-Hannov.) protestieren dagegen, daß ihrer kleinen Partei das Wort abgeschnitten wird resp. daß ihr nur eine beschränkte Redezeit zugebilligt wird. — Die Abg. **Katz** (Komm.) und **Dr. Cohn** (USP.) schließen sich an: Ein Unterschied zwischen großen und kleinen Parteien sollte nicht gemacht werden.

Nach längerer Debatte erklärt der Vizepräsident Dr. Porsch, daß Abg. Prelle sich als Redner melden könne.

Abg. Frau **Dr. Wegscheider** (Soz.): Wenn der Minister erklärt, das Bekenntnis zum Staate sei nicht das Bekenntnis zur Staatsform, so heißt das, mit der einen Hand einen Schwur leisten, ihn aber mit der anderen Hand wieder ableiten. Es muß unbedingt dafür gesorgt werden, daß in der Schule die Beschimpfungen des neuen Staates und seiner Regierung aufhören. Das Schulgeld muß nach der Steuerkraft und Kinderzahl gestaffelt werden. Wir warnen die Regierung vor einer Erhöhung des Schulgeldes ohne Befragung des Landtages. Spielen und Turnen sind gerade für Großstadtkinder besonders notwendig. Erst wenn wir die Arbeitsgemeinschaftsschulen haben, kann auf das Schlußexamen verzichtet werden (Beif. b. d. Soz.)

Kultusminister **Dr. Boelitz**: Die Denkschrift über die Aufbauschulen ist vielfach nicht gerade sachgemäß kritisiert worden. Der Gedanke der Völkerversöhnung ist in der Denkschrift durchaus nicht zu kurz gekommen. Am humanistischen Gymnasium halten wir fest, allerdings muß es reformiert werden. Der Bildungsgrad unserer Lehrer muß erhalten bleiben. Die Prüfungsbedingungen werden nicht erleichtert. Die Lehrer sollen auch Führer und Erzieher der Jugend sein, die mit ihr leben und ihre Nöte verstehen. Wir müssen vorwärtsschreiten zur Selbsterziehung unserer Jugend durch Freiheit. Wir wollen auch im Schulwesen unser Vaterland wiederaufbauen und heißen die Mitarbeit aller Richtungen willkommen.

Nach weiteren Ausführungen der Abg. Pflug (Dnat.), Dominicus (Dem.), Grebe (Ztr.) bringt Abg. Prelle (D.-Hannov.) Beschwerden über die ungerechte Staffelung der Schulgelder der Stadt Hannover vor.

Darauf vertagt sich das Haus auf Sonnabend, 11 Uhr: Weiterberatung. — Schluß 5 Uhr.

Der deutsch-russische Handel

OE. **Berlin**, 24. Februar.

Im Jahre 1921 sind von der sowjetrussischen Handelsvertretung in Berlin im ganzen gegen 1250 verschiedene Bestellungen realisiert worden. Bezahlt wurden für die gelieferten Waren: 534 868 003 Reichsmark, 24 077 407 tschech. Kronen, 13 750 000 österreichische Kronen, 281 098 schwed. Kronen, 170 272 schweiz. Franken, 19 821 franz. Franken, 72 973 Pfund Sterling und 1888 Dollar. Ein bedeutender Teil der Bestellungen bestand in kompletten Einrichtungen für verschiedene Produktionszweige, in Instrumenten, Drehbänken usw., wofür in deutschen Reichsmark 172 083 255 und größere Posten in anderen Valuten bezahlt wurden. Für landwirtschaftliche Maschinen und Geräte wurden 129 600 656 Reichsmark bezahlt, für elektrotechnische Bedarfsartikel 96 239 443 Reichsmark, für chemisch-medizinische Waren 75 730 205 Reichsmark, für Textilwaren 24 021 975 Reichsmark, außerdem für Waren aller genannten Arten weitere Summen in anderer Valuta. Russische Exportwaren verkaufte die Handelsvertretung im Jahre 1921 für 87 874 896 Reichsmark und 83 327 Pfund Sterling, und zwar hauptsächlich Rauchwaren, Holz, Asbest, Därme u. a.

Selbststellung Peter Grupens. Der Kleppelsdorfer Doppelmörder Grupen hat sich gestern abend im Gefängnis selbst gestellt.

Der Streik der Metallarbeiter in Mainz, Wiesbaden und im Rheingau ist allgemein geworden. Im Mainzer Bezirk streiken etwa 15 000 und im Bezirk Wiesbaden und Rheingau etwa 2000 Metallarbeiter. Von dem Ausstand sind hauptsächlich betroffen die großen Werke, wie Opel in Rüsselsheim, die Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg in Gustavsburg und die Waggonfabrik Gebr. Gastel in Mainz-Mombach.

Sonnabend
Montag
Dienstag

3 Ultimo-Tage

Sonnabend
Montag
Dienstag

Trotz der ungeheuren Preissteigerungen bringen wir für diese drei Tage in allen Abteilungen

Kein Verkauf an Wiederverkäufer! Mengenabgabe vorbehalten!

unglaublich billige Angebote!

Die Preise haben nur für diese drei Tage Gültigkeit!

Hier einige Beispiele:

Kinder-Trikot-Röckchen .... Stck. 9⁵⁰	**Ungebleichter Futterbarchend** .. Mtr. 14⁵⁰	**Emaille-Kasserollen** .... Stck. 9⁵⁰
Sweater für Knaben und Mädchen ... Stck. 9⁵⁰	**Dirndl-Mousseline** .... Mtr. 19⁵⁰	**Emaille-Waschschüssel** .... Stck. 13⁷⁵
Korsett aus naturfarbigen starken Stoffen Stck. 37⁵⁰	**Louisianatuch** für Bettwäsche 21⁷⁵	**Waschständer** lackiert .... Stck. 16⁷⁵
Trikot-Unterröcke für Frauen ...... Stck. 48⁵⁰	**Weiß. Crepe-Voile** f. Kleider u. Blusen Mtr. 38⁰⁰	**Wäschestickereien** .... Mtr. 1⁹⁵
Damen-Bluse aus bestickten Batist 29⁵⁰	**Kleiderschotten** .... Mtr. 29⁵⁰	**Hemdenpassen** gute Qualität .... Stck. 8⁵⁰
Kinderkleidchen aus dunkl. Velourstoffen Stck. 39⁰⁰	**Gelbe Poliertücher** .... Stck. 3⁵⁰	**Damenkragen** bestickt, Matrosenform Stck. 16⁵⁰

Loewenberg & Co

Swinemünderstrasse 86 · Ecke Lortzingstrasse

Straßenbahnverbindungen: Haltestelle Demminer Straße: 27, 40, III, G, 5, 8, 35, 36, 37, 41, 42, 99, 9, 13 und Ringbahnhof Gesundbrunnen

Theater u. Vergnügungen

Volksbühne
7 Uhr: **König Lear**

Neues Volkstheater
Köpenicker Str. 68
7½ U.: **Die Fälscher**

Staatstheater.
Opernhaus
7 Uhr: Die Zauberflöte
Schauspielhaus
7½: Lumpaci Vagabundus

Dir.: Max Reinhardt
Deutsches Theater
7 Uhr: Zum 1. Male:
D. Erziehung durch Kolibri

Kammerspiele
8 Uhr: Anatol

Großes Schauspielhaus
Karlstraße
7½: Orpheus i. d. Unterwelt

Theater i. d. Königgrätzer Str.:
Täglich 7.30 Uhr:
Die wunderlichen Geschichten des Kapellmeisters Kreisler
Phantastisches Melodram (42 Bilder)
von Carl Meinhard und Rudolf Bernauer. Musik von E. N. v. Reznicek.

Komödienhaus:
Täglich 7.30 Uhr:
Karussell
mit
Maria Orska
Joh. Riemann
Ralph Art. Roberts

Berliner Theater:
Täglich 7.30 Uhr:
Einer von unsere Leut'
Carl Clewing, Oscar Sabo, Leonhard Haskel

Komische Oper
7½ allabendlich 7½
Die große Ausstattungs-Operetten-Revue
Der Herr der Welt

Theater am Nollendorfplatz
7½ Uhr:
Die Ehe im Kreise

Rotter-Bühnen
Täglich 8 Uhr
Trianon-Theater
Eiga
Kleines Theater
Das Weib auf dem Tiere
Täglich 7½ Uhr:
Residenz-Theater
Eine Frau ohne Bedeutung

Walhalla-Theater
8 Uhr
Die Mondscheindame

Theater des Ostens
(Rose-Theater)
7½ Uhr:
Die Brücke von Kempinski

7½ **Casino-Theater** 7½
Die neue Berliner Posse
Familie Gänseklein
Eig. 3½: Die letzte Stunde

8½ **Apollotheater** 8½
Friedrichstraße 218
Letzter Monat
St. Varieté-Ausstattungsschau
Rund um die Welt

Theater a. Kottbuser Tor
Tel.: Mpl. 1607
Tägl. 7½ U. u. Sig. nach. 3 U.
Ellis-Sänger
Gleiches Progr.

Circus Busch
Tgl. 7½, Sig. auch 3 U.
Morgen Sonntag
2 × Robinson Crusoe
3 + 7½ Uhr
Nachm. 1 Kind frei!
Außerdem sämtliche Circus-Sensationen
Vorvkf. Wertheim u. Circuskasse

Behrenstraße 53.
7½ Uhr
Das lustige Februar-Programm

Das Tagesgespräch von Berlin:

Die wunderlichen Geschichten des Kapellmeisters Kreisler

*Phantastisches Melodram nach E. T. A. Hoffmanns Leben und Erzählungen in 3 Teilen (42 Bildern) von **Carl Meinhard** und **Rudolf Bernauer**. Musik mit teilweiser Benutzung von Motiven aus E. T. A. Hoffmanns Oper „Undine" und Mozarts „Don Juan" von **E. N. von Reznicek***

*Regie: **Carl Meinhard** und **Rudolf Bernauer***

Hauptdarsteller:

Ludwig Hartau / Alfred Abel / Charlotte Schultz / Paul Bildt / Frieda Richard / Robert Scholz / Robert Klupp / Ernst Dernburg / Paul Rehkopf / Hermann Picha / Heinz Alexander / Willy Appelt / Rudolf Jünger / Ernst Behmer u. a. m.

Täglich 7.30 Uhr im Theater i. d. Königgrätzer Str.

Bei dieser Aufführung gelangt die von Carl Meinhard und Rudolf Bernauer erdachte Neuerung der Raumteilung und des beschleunigten Szenenwechsels zum ersten Male zur Anwendung. Dieses Problem wurde von Svend Gade übernommen und mit besonderer Berücksichtigung der Raumverhältnisse des Theaters i. d. Königgrätzer Str. praktisch gelöst.

*Bühnenbilder und maschinelle Erfindungen: **Svend Gade.***

42 künstlerische Bühnenbilder i. d. Zeit von ½8 Uhr bis gegen 10 Uhr:

Vorspiel:
1. Die Tafelrunde der Serapionsbrüder.
2. Loge i. Potsdamer Hoftheater.
3. Kreislers Studierzimmer.
4. Erscheinung Donna Anna.
5. Theodors Zimmer.
6. Julias Zimmer.

1. Teil: „Julia":
7. Landschaft vor Bamberg.
8. Traumlandschaft (Ballett).
9. Szene am Baum.
10. Vor dem Wohnhause d. Familie Mark.
11. Julias Zimmer.
12. Theodors Zimmer.
13. Julias Zimmer.
14. Wohnzimmer b. Familie Mark.
15. Julias Zimmer.
16. Die schwarze Messe
17. Klostersakristei.
18. Julias Zimmer } gleichzeitig.
19. Wohnzimmer bei Familie Mark }
20. Julias Zimmer.
21. Saal im Hause des Reichen.
22. Julias Zimmer.
23. Theodors Zimmer.

2. Teil: „Euphemia":
24. Saal im Schlosse zu Dresden.
25. Die Neider Kreislers (Nachtspuk).
26. Theodors Zimmer.
27. Amtszimmer des Ministers.
28. Schloßpark.
29. Kreisler bei der Arbeit (Nachtspuk).
30. Bühneneingang.
31. } Die Bühne des Hoftheaters zu
32. } Dresden (Opernaufführung).
33. Bühneneingang.

3. Teil: „Donna Anna":
34. Theodors Zimmer.
35. Die Bühne des Hoftheaters in Potsdam (Opernszene).
36. Theodors Zimmer.
37. Die Bühne des Hoftheaters in Potsdam (Opernszene).
38. Theodors Zimmer.
39. In der Theaterloge Nr. 23.
40. Theodors Zimmer.
41. Die Bühne des Hoftheaters in Potsdam mit der Theaterloge Nr. 23 } Nachtspuk.
42. Theodors Zimmer.

Die Sensation der diesjährigen Theaterspielzeit!

M. SCHULMEISTER

Kottbuser Tor

Moderne, fertige Straßenanzüge

Herrenschlüpfer

Regenmäntel

EINSEGNUNGSANZUG

EINSEGNUNGSANZUG

EINSEGNUNGSANZÜGE

Zeißfeldstecher
6- und 8 fach, kauft ständig
M. Steckelmann,
Berlin W9, Potsdamer Str. 135 (Lützow 9360)

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin

Todes-Anzeigen

Den Kollegen zur Nachricht, daß folgende Mitglieder gestorben sind:

Der Klempner
Edmund Herzberg
Neukölln, Fuldastr. 41, am 23. d. Mts.

Die Einäscherung findet am Sonnabend, den 25. Februar, nachmittags 3½ Uhr, im Krematorium Baumschulenweg, Kiefholzstr., statt.

Der Arbeiter
Rudolf Wildberger
Swinemünder Str. 78, am 22. d. Mts.

Die Beerdigung findet am Montag, den 27. Februar, vormittags 11 Uhr, von der Leichenhalle des Friedens-Gemeinde-Kirchhofes in Nordende aus, statt.

Die Arbeiterin
Agnes Erbisch
Müllerstr. 156 a, am 24. d. Mts.

Die Einäscherung findet am Donnerstag, den 2. März, mittags 12 Uhr, im Krematorium Berlin, Gerichtstraße, statt.

Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

Neue Welt

A. Scholz, Hasenheide 108-14

Heute, Sonnabend, 25. Februar 1922

Bockbier-Fest

Gr. Alpenball

8 Kapellen

Einlaß 6 Uhr — Anfang 7 Uhr

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Neunkirchen-Saar.

Zum 1. April

Geschäftsführer

für Agitation und Verwaltung gesucht. Es wird nur auf erste Kraft reflektiert. Bewerber müssen eine mindestens fünfjährige Mitgliedschaft im Verbande nachweisen und mit allen Verbandsarbeiten vertraut sein. Selbst geschriebene Bewerbungen mit Angaben über bisherige Tätigkeit, Alter und Familienverhältnisse sind bis zum 12. März 1922 mit der Aufschrift „Bewerbung" an den Kollegen Peter Clemann, Neunkirchen-Saar, Zweibrückerstraße Nr. 8a zu richten.

Annahme in allen Speditionen des Verlages

Kleine Anzeigen

Geschäftsstelle: Berlin C 2, Breite Str. 8-9

Das Ueberschriftswort 2.50 Mk., jedes weitere Wort im Text 1.75 Mk. netto.
Stellengesuche: Ueberschriftswort 2,— Mk., jedes weitere Wort im Text 1.50 Mk.

Verkäufe

Staunenerregend! Wunderbare Neuheiten in Kreuz-, Alaska-, Zobel- und Silberfüchsen! Riesenauswahl aller Pelzarten zu fabelhaft billigen Sommerpreisen! Nur neue Waren! Spezial-Pelzverkauf im Leihhaus! Warschauer Str. 7.

Auf Teilzahlung. Herrenanzüge, Cutaways, Ulster, Schlüpfer, moderne Maßarbeit. Bequeme, diskrete Ratenzahlung. Leiser Gottlieb, Kollendorfstr. 21a, Nähe Kollendorfplatz. Geöffnet 9—7.

Ladeneinrichtung. Repositorium, Tombank, Schenkapparat mit vollständiger Einrichtung billig zu verkaufen. Breite Straße 8-9 (Kantine).

Kreuzfüchse, Alaskafüchse, sämtliche Pelzarten lange über die Hälfte herabgesetzt. — Anzüge, Paletots, Schlüpfer, Gehrockanzüge, Cutaways, Gummimäntel, Hosen, bis 40% billiger. Keine Lombardware. Leihhaus Rosenthaler Tor, Linienstr. 203/4, Ecke Rosenthaler Straße.

Meisterhaus Pelz, Kottbuser Straße 3. Kammgarne, Gabardine, Tuche, Seiden, Futterstoffe. Stoffe für Herren- und Knabenanzüge, fertige Mäntel, Kostüme, Röcke sehr preiswert.

Teppiche, wenig gebraucht, verkauft billig Stein, Anklamer Str. 28.

Ehe Sie kaufen, besichtigen Sie bitte unsere Riesen-Läger, ohne Kaufzwang, in erstklassigen Herren-Moden. Anzüge, Paletots, Schlüpfer, Cutaways, Covercoats, Streifhosen usw. in unübertroffener Auswahl und Schönheit, zu konkurrenzlos billigen Preisen. Sämtliche Waren sind Ersatz für Maßbearbeitung. Fahrgeldvergütung. Keine Lombardware. Leihhaus Brunnenstraße 3, direkt Rosenthaler Tor.

Halb umsonst. Anzugstoffe, der ganze Anzug 350.—, 450.—, 550.— verkauft Schönhauser Allee 133a, Laden.

Möbel

Küchen, moderne, mit u. ohne Anrichte, lackiert, lasiert, roh, enorm preiswert. Riesenauswahl. Küchenmöbelfabrik Himmel, Lothringer Straße 22 (Schönhauser Tor).

Mehlitz, Gubitzstraße 34. Moderne Küchen, in Lackfarbe, kompl. Vergleichung 675.—. Schlafzimmer Eiche mit und Nußbaum zuch., 3660 Mark. Stube und Küche, 14 Teile, 2880 M. Seltene Gelegenheitskäufe, auch gebraucht. Versand nach außerhalb. Hausnummer achten.

Möbel-Rath. Schlaf-, Speise- u. Wohnzimmer, bunte Küchen, einzelne Möbel gegen bar und Kredit. Bequeme An- und Abzahlung. Elsasser Str. 44 (Oranienburger Tor).

Chaiselongues, Umbausofas, Auflegematratzen, Patentmatratzen 360.— Walter, Stargarder Straße achtzehn.

Chaiselongues 180.—, Chaiselonguedecke 75.—, Metallbetten 160.—, Kinderbettstellen. Weiche, Augustastraße 22a. Quab.

Fahrräder

Fahrradankauf, Linienstr. 19.

Kaufgesuche

Pistolen u. Prismenfeldstecher kauft zu höchsten Preisen Kittlein, Steinstr. 18.

Hilferding, „Das Finanzkapital", broschiert oder gebunden kauft Buchhandlung „Freiheit", Berlin C 2, Breite Str. 8-9.

Werkzeuge u. Maschinen

Kugellager, Magnete, Vergaser, Zündkerzen kauft Pilz, Reinickendorfer Str. 93, Hof part. links.

Mietgesuche

Dame, im Preußischen Landtag tätig, sucht in dessen Nähe einfaches, behagliches Zimmer mit Heizung. Angebote erbeten an den Hilfsbund für die Elsaß-Lothringer im Reich, W 8, Taubenstraße 34.

Suche Zimmer ab 1. 3. im Umkreis vom Bahnhof Bellevue. Zuschriften unter „B. K." Hauptexped. der Freiheit.

Verschiedenes

Erfinder, Patentbureau Buckscher, Gerolsteinerstr. 16. Zentrum 7669.

Frauen lesen gern Romane. Verlangen Sie gegen Einsendung von 11.— M. den „Weg zum Haß", Roman v. Conrad Veris von der Buchhandlung „Freiheit", Breite Straße 8-9.

Jeder Betriebsrat muß die Schrift von Rud. Hilferding „Die Sozialisierung und die Machtverhältnisse der Klassen" lesen. Preis 3 M. (Porto extra.) Zu beziehen durch die Buchhandlung „Freiheit", Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 54, Linienstr 83-85
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr
Telephon Amt Norden Nr. 833—836

Achtung! Achtung!

Betriebsräte

(Arbeiter- u. Angestelltenräte der Metallindustrie)

Montag, den 27. Februar 1922, abds. 6½ Uhr im Stadttheater Moabit, Alt-Moabit 47/48

Versammlung

sämtlicher Betriebsräte der Metallindustrie (Arbeiter- und Angestelltenräte)

Tagesordnung:
Vortrag über Stinnes—Rathenau.
Referent Genosse Dr. Einstein, Leiter der volkswirtschaftlichen Abteilung des D. M. V.

Kein Betriebsratsmitglied darf diesem Vortrag fernbleiben.

Betriebsratskarte der freigewerkschaftl. Betriebsräte-Zentrale u. Organisationsausweis legitimieren.

Am Montag, den 27. Februar 1922, nachmittags 5 Uhr, in den Andreassälen Andreasstraße 21.

Vollversammlung

aller i. d. Glühstrumpfindustrie beschäftigten Kolleginnen und Kollegen

Tagesordnung:
1. Unsere Löhne und Arbeitsbedingungen in der Industrie.
2. Bericht von den Verhandlungen.

— **Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!** —

Die Ortsverwaltung.

Botenfrauen sofort gesucht

Austragelohn
pro Monat u. Abonnement **M. 4.20**

Hauptexpedition
C. 2, Breite Straße 8-9

Spedition Lohmann
Hussitenstraße 43

Spedition Werner
Greifswalder Straße 29

Spedition Wengels
O, Cadiner Straße 11
Touren: Petersburger Str.—Heidenfeldplatz
Stralauer Platz — Mühlenstraße

Kulturmenschen sind vogelfrei

Die Affäre Nicolai vor Gericht

Vor dem Charlottenburger Schöffengericht wurde gestern eine Beleidigungsklage des Professors Nicolai gegen den Schriftsteller und Hauptmann a. D. Hermann von Willamowitz-Möllendorf verhandelt, deren Grundlage die Flucht Professor Nicolais im Juni 1918 in einem Flugzeug nach Dänemark bildete.

Die Anklage stützt sich auf einen Artikel vom 24. Juli 1920 in der „Deutschen Tageszeitung“, in dem Prof. Nicolai als Vaterlandsverräter bezeichnet wird, der auf dem Luftwege von Neuruppin nach Dänemark desertiert sei und sich dabei durch Entwendung des Flugzeuges eines gemeinen Einbruchdiebstahles schuldig gemacht habe. Die Klage des Prof. Nicolai erstreckt sich nur auf den letzteren Vorwurf des Einbruchsdiebstahles. Der Beklagte erklärt, daß er die Urheberschaft des Artikels anerkenne. Er sei damals Leiter des Nachrichtenbureaus der Luftstreitkräfte gewesen und habe in dienstlicher Eigenschaft genaue Kenntnis der Vorgänge gehabt.

Der Kläger, Prof. Nicolai, tritt diesen Darlegungen mit Entschiedenheit entgegen und erklärt, daß sie sich auf Kombinationen und Phantasiegebilde stützen und nicht auf amtliche Unterlagen. Die Flucht sei in ganz anderer Weise zustande gekommen. **Er sei im Kriege wegen politischer Meinungsverschiedenheiten als Arzt zum Krankenwärter degradiert worden und habe als solcher drei Jahre lang Dienst getan.** Ein Oberst kam dann sogar auf die Idee, ihn zur Waffe einzuziehen. Er habe aber erklärt, daß er als Arzt das Recht habe, den Waffendienst zu verweigern, und habe das auch dem Kriegsminister geschrieben, mit der Mitteilung, daß er die Absicht habe, ins Ausland zu fliehen. Darauf habe er keine Antwort erhalten. Es war seine Absicht, sowohl das Flugzeug wie die Gebrauchsgegenstände in Kopenhagen sofort der Deutschen Gesandtschaft zur Verfügung zu stellen, und das sei auch geschehen. Alles, was der Beklagte über seine dienstliche Kenntnis von dem Einbruchsdiebstahl vorbringe, seien Phatasien. Der Versuch, einen Einbruchsdiebstahl zu konstruieren, sei ja auch gescheitert und von der deutschen Regierung später ein dahingehender Auslieferungsantrag an die dänische Regierung zurückgezogen worden. Es sei auch nicht wahr, daß die Flucht von einer politischen Organisation vorbereitet worden sei.

In der Beweisaufnahme erklären **mehrere Zeugen, darunter** Oberleutnant Siegert, der Inspektor des Flugplatzes Neuruppin, sowie der kommandierende General der Fliegertruppen, Höppner, daß „allgemein angenommen“ worden sei, Prof. Nicolai habe die Flugzeugführer zu der Flucht gewissermaßen gehartert.

Prof. Nicolai verlangt in seinem Schlußwort eine sehr strenge Bestrafung des Beklagten. **Als Milderungsgrund würde er nur gelten lassen, daß in Deutschland heute alles lüge und man nicht sehr viel Aufhebens davon mache, auch einen Professor fälschlich als Lügner zu bezeichnen. Er erklärt weiter, er habe auch die Mitglieder des Staates, die gegen ihn das Urteil gefällt haben, öffentlich und amtlich als bewußte Lügner, Fälscher und Verleumder wegen des Vorwurfs der Desertion bezeichnet.** Das Ministerium habe aber gegen ihn nichts unternommen.

Das vom Amtsgerichtsrat Lehmann verkündete Urteil geht dahin, daß dem Beklagten die Wahrnehmung berechtigter Interessen nicht zugebilligt werden kann. Aus der Form des ganzen Artikels gehe die Absicht der Kränkung hervor, so daß in jedem Falle Beleidigung nach § 185 vorliege, gleichgültig, ob der Wahrheitsbeweis gelungen sei oder nicht. Die Beweisaufnahme habe keinen ausreichenden Beweis ergeben, und man könne daher nicht von Anstiftung zum Einbruch sprechen. **Deshalb sei der Wahrheitsbeweis im wesentlichen nicht geführt.** Das Gericht ist übereinstimmend der Ansicht, daß der Privatkläger teilgenommen hat an einer Fahnenflucht deutscher Soldaten während des Weltkrieges, die zu allen Zeiten als eine schimpfliche Handlung betrachtet worden ist und vielleicht zu manchen Zeiten als eine schimpflichere Handlung als ein Einbruch. Durch seine Teilnahme an der Fahnenflucht habe der Kläger gezeigt, daß er dieselbe billige, und er ist in der Oeffentlichkeit dadurch stark kompromittiert worden. **Deshalb könnte ihm nicht der völlige strafrechtliche Schutz zugebilligt werden, wie jemandem, der intakt ist.** Der Beklagte wird zu einer Geldstrafe von 200 Mark verurteilt und dem Kläger die Befugnis zur Veröffentlichung des Urteils in der „Deutschen Tageszeitung“ erteilt.

•

Durch dieses Urteil dokumentiert das Charlottenburger Schöffengericht vor aller Welt, daß in Deutschland Kulturmenschen vogelfrei sind und von jedem deutschnationalen Lügenmaul beleidigt werden können. Der Prozeß leuchtete in eins der dunkelsten Kapitel der Kriegszeit hinein. Professor Nicolai, der aus seiner pazifistischen Gesinnung kein Hehl machte und sich als Arzt, der Krankheiten zu heilen hat, nicht für den Massenmord begeistern wollte, wurde wegen dieser ehrenhaften Gesinnung von militaristischen Rohlingen wie ein Verbrecher behandelt. Entgegen Recht und Gesetz wurde er zum Gemeinen degradiert und sollte schließlich, wie Tausende von Arbeitern, in den Schützengraben und damit ins Massengrab geschickt werden. Gegenüber diesen Machenschaften einer größenwahnsinnig gewordenen Militärclique blieb dem gehetzten Professor Nicolai nur die Flucht aus diesem Vaterlande, das keinen Platz für Kulturmenschen hatte!

Nach dem Kriege hatte Professor Nicolai einen Kampf mit dem Senat der Berliner Universität auszufechten. Antisemitische Studenten, von dem deutschnationalen Betrüger Biertimpel angeführt, beschimpften den Professor von Weltruf in den Hörsälen der Universität, der ehrenwerte Senat dichtete gegen Nicolai ein Schuldgebäude zusammen, das Professor Nicolai als eine Arbeit von bewußten Lügnern, Fälschern und Verleumdern nennen mußte. Der Senat, vor der Oeffentlichkeit zur Klage gegen Nicolai aufgefordert, weigerte sich, den Wahrheitsbeweis für seine Behauptungen vor Gericht anzutreten. Nun kommt noch das Charlottenburger Schöffengericht und fügt durch sein Urteil ein neues Glied an die lange Kette der von den Militaristen und Nationalisten gegen Nicolai gesponnenen Intrigen.

Das Urteil ist unerhört. Ein Offizier, der die Gefahren des Krieges als Leiter eines Nachrichtenbureaus (!!) der Luftstreitkräfte kennen lernte, bezichtigt den Professor Nicolai des Einbruchsdiebstahls. Das Schöffengericht erkennt die Absicht der Kränkung, hebt hervor, daß der Wahrheitsbeweis nicht gelungen sei, und versteigt sich dann, um das milde Urteil gegen den Verleumder zu rechtfertigen, zu einer geradezu schimpflichen Beleidigung des Klägers, indem es den aus Deutschland vertriebenen Professor beschuldigt, eine schimplichere Handlung als ein Einbrecher begangen zu haben.

Gemach, ihr Herren! Wenn Professor Nicolai schon „Fahnenflucht“ begangen hat, dann hat er es getan aus kulturellen Gründen. Seine Flucht war eine mutige Handlung. Wenn Wilhelm Hohenzollern, Ludendorff und die anderen schon einige Jahre früher aus den gleichen Gründen die Konsequenzen gezogen hätten, die Professor Nicolai zog, dann sähe es heute anders in Deutschland aus. Aber diese Herren hatten weder kulturelle Interessen zu wahren, noch hatten sie den dazu erforderlichen Mut. Sie flohen erst, als das von ihnen angestiftete Unheil das ganze Land in einen Trümmerhaufen verwandelt hatte. Was sie zur Flucht veranlaßte, war Feigheit und mangelndes Verantwortlichkeitsgefühl. Die Flucht, die der sogenannte oberste Kriegsherr zur Rettung seines gar nicht bedrohten jämmerlichen Lebens ausgeführt hat, war wirklich die schimpfliche Handlung eines Feiglings. Nicolai aber ist nicht geflohen, er ist aus dem Lande gleich einem gehetzten Wild vertrieben worden.

Wenn sich das Charlottenburger Schöffengericht angesichts einer solchen Sachlage erlaubt, den Kläger zu beschimpfen, statt seine angegriffene Ehre zu schützen, dann ist das ein Beweis dafür, daß der militärische Ungeist auch heute noch nicht aus den Köpfen verschwunden ist. Nicht Herr Nicolai ist kompromittiert, sondern das Gericht hat sich kompromittiert durch diesen Urteilsspruch.

Verprügelte Kranke

Im Berliner Rathause sprach Dr. Bernd Götz, Arzt an der Irrenanstalt Dalldorf, über Geisteskrankheiten im jugendlichen Alter. Infolge einer starken Aufmunterung aus dem Zuhörerkreise machte der Vortragende das für die Oeffentlichkeit sehr wertvolle Zugeständnis, daß in den Irrenanstalten von ungeeigneten Irrenpflegern noch reichlich viel geprügelt werde. Die Aerzte geben sich alle Mühe, die Mißhandlungen wehrloser Kranker einzuschränken, aber sie könnten nur ziemlich selten die Ausschreitungen des Personals einwandfrei feststellen. In solchem Falle wurden die Schuldigen sofort entlassen, allerdings nicht der Strafbehörde angezeigt. Die Strafanzeige bleibe den Angehörigen überlassen. Treffend bemerkte ein genau unterrichteter Redner, das bisher geübte Verfahren sei nur ein geringer Schutz gegen solche unerhörten Mißhandlungen. Man müsse nicht nur von Amts wegen die Strafverfolgung einleiten, sondern zur Feststellung der Wahrheit endlich auch den Kranken mehr Glaubwürdigkeit beimessen und nicht immer den Sachverhalt verdunkeln und vertuschen mit der gewohnheitsmäßigen Behauptung, die Kranken hätten sich die vorgewiesenen Verletzungen selbst beigefügt. Dr. Götz erwiderte, an die vielen angeblichen Selbstbeschädigungen, nach Pflegeraussagen, werde von einsichtigen Aerzten schon nicht mehr geglaubt, aber es sei naturgemäß meist schwer, die volle Wahrheit beweiskräftig zu ergründen. Wie uns hierzu weiter geschrieben wird, sind es neurdings auch die Pflegerorganisationen, die streng auf Reinlichkeit in ihren Reihen halten wollen, und bestrebt sind, jeden Prügelhelden auszumerzen. Ein Teil der Schuld liegt auch an der Annahme noch zu vieler Leute, die vom Berufe des Irrenpflegers keine Ahnung haben. Hier wird neben erhöhter Kontrolle hoffentlich die geplante Einrichtung von Pflegerschulen erheblichen Wandel schaffen.

Empfang niederländischer Gäste im Rathaus

Gestern mittag empfing Oberbürgermeister Böß zusammen mit Bürgermeister Ritter, dem Stadtverordnetenvorsteher Dr. Caspari, Geheimen Stadtbaurat Dr. Ludwig Hoffmann und Stadtrat Wege im Saale der Magistratsbibliothek namens der Stadt Berlin die zurzeit hier zu Besuch weilenden Mitglieder der „Neederlandsch-duitschen Vereeniging“ und den Vorstand der Berliner Deutsch-Niederländischen Vereinigung. Oberbürgermeister Böß gab in seiner Ansprache der Freude Ausdruck darüber, die holländischen Gäste in Berlin empfangen zu dürfen, denn es sei dies der erste freundschaftliche Besuch, der Berlin nach dem Kriege gelte. Unvergessen seien die reichen Liebeswerke, die während der schweren Kriegszeit an deutschen Kindern, Gebrechlichen und Schwachen von seiten der Holländer geleistet worden seien. Hierfür heute nochmals danken zu können, sei dem Redner ein besonderes Bedürfnis. Oberbürgermeister Böß wies ferner darauf hin, wie eng die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen Holland und Deutschland von jeher gewesen seien.

Ein „sauberes“ Haus

Versagen von Bau- und Gesundheitspolizei

Im Hause Böckhstraße 25 sind infolge der Kälte seit mehreren Wochen die Klosetts und Wasserleitungen eingefroren. Am 10. Februar waren zwei Mieter des Hauses bei der Baupolizei und haben die Mißstände dort vorgetragen. Dort wurden sie an das zuständige Polizeirevier, Urbanstr. 48, verwiesen. Es war ein Beamter da, aber bis zum heutigen Tage ist noch nichts getan. Im Hause sind die Mieter sechs Monate ohne Beleuchtung, so daß keine Zeitungsfrau mehr die Zeitung im Hause bestellen will. Die Abortleitungen sind verstopft und läuft die Kloake den Mietern in die Wohnungen und die Treppen hinunter. Die Mieter sind deshalb schon lange Zeit gezwungen, ihre Notdurft in Nachtgeschirr und Mülleimer zu entleeren und diese auf den Hof zwischen den dort lagernden Müllhaufen auszuschütten. Mit der beginnenden Erwärmung machen sich bereits die Folgen bemerkbar. Ein Verwesungsgeruch strömt aus, welcher unerträglich wird.

Es müßte sofort dafür gesorgt werden, daß die Klosetts und Wasserleitungen in Ordnung gebracht werden, denn durch diese Mißstände sind die Fabrikanten gezwungen, ihr Personal zu entlassen. Es ist unbegreiflich, wie bei diesen Zuständen die Polizeibehörden bei ihrem Nichtstun verharren. Vielleicht wird dieser Zustand beseitigt, wenn die dafür zuständigen Stellen in dem Hause zwangsweise einquartiert werden.

Der Aktenraub beim Obersten Freyberg

Der Prozeß erhielt gestern eine ganz unerwartete Wendung. Als der Vorsitzende schon auf dem Sprunge war, den Geschworenen die 132 Schuldfragen vorzulegen, unternahm einer der Verteidiger, Dr. Oskar Cohn, nochmals den Versuch, das Dunkel das über der Persönlichkeit des Obersten Freyberg ruht, zu lüften. Obgleich einer der Geschworenen auch die Ansicht vertrat, daß es wünschenswert erscheine, über den Obersten Freyberg soviel Material wie nur möglich zusammenzubringen, sah die Verteidigung trotzdem aus technischen Gründen von neuen Beweisanträgen ab. Als aber der Angeklagte Braun nun auch seinerseits sich dahin äußerte, daß es für ihn von Bedeutung wäre, über die Tätigkeit des Obersten Freyberg die nötige Aufklärung zu schaffen, hielt ihm der Vorsitzende seine Aussage im Polizeipräsidium vor, in der er dargelegt hatte, im Interesse der Kommunistischen Partei gehandelt zu haben. Die Erwiderung des Angeklagten Braun, daß er im mündlichen Gespräch dem Kommissar Scherler gegenüber auch behauptet hätte, im Auftrag einer nationalen Organisation gehandelt zu haben, und daß der Kommissar selbst ihm geraten hätte, die dort zu Protokoll genommene Aussage zu machen, brachte nun die große Ueberraschung: Das Gericht beschloß, die Verhandlung zu vertagen, um einerseits durch Ladung der Kommissare Scherler und Schormer die Glaubwürdigkeit der Behauptung des Angeklagten

Unter fremden Menschen

Von Maxim Gorki

Einzige autorisierte Uebersetzung von August Scholz
Amerikanisches Copyright 1918 by Ullstein & Co., Berlin

(9. Fortsetzung)

Alles das gefiel mir nicht an ihm. Ich sah, daß ich im Begriff war, einen Kameraden zu verlieren, und glaubte, daß Ludmilla daran schuld sei.

Eines Abends, als ich gerade dabei war, auf dem Hofe die am Tage gesammelten Knochen, Lumpen und sonstigen Abfälle zu sortieren, kam Ludmilla humpelnd und den rechten Arm hin und her schwenkend an mich heran.

„Guten Abend,“ sagte sie und nickte nach ihrer Gewohnheit dreimal mit dem Kopfe. „Warst du mit Kostroma zusammen?“

„Ja.“

„War auch Tschurka bei euch?“

„Tschurka geht nicht mit uns, er ist mit Kostroma verfeindet. Daran bist du allein schuld, sie haben sich in dich verliebt und prügeln sich jetzt immer . . .“

Sie errötete und sagte in spöttischem Tone:

„Nun hör' einer! Wieso bin ich denn da schuld?“

„Warum verdrehst du ihnen den Kopf?“

„Ich habe sie nicht gebeten, sich in mich zu verlieben,“ erwiderte sie ärgerlich und wandte sich zum Gehen. „Die dummen Jungen — ich bin doch älter als sie, bin schon Vierzehn. In ältere Mädchen verliebt man sich nicht . . .“

„Was du schon weißt!“ rief ich, in der bewußten Absicht, sie zu kränken, hinter ihr her. „Kennst du nicht die Schwester vom Chlyst, die Hökerin? Die ist doch schon ganz alt und gibt sich mit allen jungen Burschen ab!“

Ludmilla kam zurück, und ich sah an der Art, wie sie ihre Krücke heftig in den Sand des Hofes setzte, daß meine Bemerkung ihren Zorn erregt hatte.

„Du weißt erst recht nichts,“ sprach sie hastig, während ihr die Tränen aufstiegen und ihre lieben, sanften Augen hell aufflammten. „Die Hökerin ist ein lasterhaftes Weib — bin ich vielleicht auch so eine? Ich bin noch klein, mich darf man nicht anfassen, nicht kneifen und so... Lies erst mal den Roman ‚Die Kamtschadalin‘, den zweiten Teil, und dann sprich!“

Sie entfernte sich schluchzend, und sie tat mir leid. In ihren Worten barg sich eine Wahrheit, die mir noch fremd war. Warum kniffen sie eigentlich meine Kameraden? Sie sagten doch, sie seien in sie verliebt...

Um meine Schuld wieder gutzumachen, kaufte ich am nächsten Tage für zwei Kopeken Malzbonbons, die Ludmilla, wie ich wußte, sehr gern aß.

„Willst du?“ fragte ich sie.

„Mach', daß du fortkommst,“ rief sie, sich böse stellend — „wir sind keine Freunde mehr!“

Zugleich jedoch griff sie nach den Bonbons und sagte:

„Hättest sie wenigstens in ein Stück Papier einwickeln sollen — so mit den schmutzigen Händen gibst du sie mir!“

„Ich hab' mir die Hände gewaschen, aber der Schmutz geht nicht mehr ab.“

Sie nahm mit ihrer mageren, heißen Hand die meinige und betrachtete sie. „Wie hast du sie zugerichtet . . .“

„Und bei dir sind die Finger ganz zerstochen . . .“

„Das kommt davon, daß ich so viel nähe . . .“

Nach einem Weilchen machte sie mir, sich vorsichtig nach allen Seiten umschauend, den Vorschlag:

„Hör' mal, wir wollen uns irgendwo verstecken und zusammen den „Kamtschadalin“ lesen. Willst du?“

Wir suchten lange ein passendes Versteck und konnten keins finden. Endlich entschieden wir uns für den Vorraum der Badstube — dort war es zwar dunkel, aber wir konnten uns ja an das Fenster setzen, das nach einem schmutzigen Winkel zwischen dem Schuppen und dem benachbarten Schlachthause hinausging. Nur selten kam jemand dorthin, wir waren da vor Störenfrieden ziemlich sicher.

Da saß sie nun mit der Seite zum Fenster, das kranke Bein auf der Bank ausgestreckt, das gesunde auf dem Fußboden, hielt ein stark zerlesenes Buch vor das Gesicht und brachte, innerlich heftig erregt, eine Menge fremdklingender, langweiliger Worte über ihre Lippen. Auch mich erregten diese Worte. Ich sitze auf dem Fußboden und sehe, wie ihre ernsten Augen gleich zwei blauen Flämmchen über die Seiten des Buches hingleiten, wie zuweilen eine Träne sie netzt, während die Stimme des Mädchens beim Aussprechen der unbekannten Worte und unverständlichen Perioden hörbar zittert. Ich fange diese Worte auf, drehe und wende sie auf meine Weise, suche sie zu Versen zu formen — und das hindert mich vollends, das zu erfassen, was das Buch erzählt.

Auf meinen Knien ruht der zugelaufene Hund — ich nenne ihn „Wind“, weil er so zerzaust und so lang ist, sehr rasch läuft und so heult wie der Herbstwind im Schornstein.

„Hörst du zu!“ fragt mich das Mädchen. Ich nickte schweigend mit dem Kopfe. Das wirre Durcheinander der Worte erregt mich immer mehr, immer lebhafter wird mein Drang, sie umzustellen, so, wie sie in den Liedern stehen, in denen jedes Wort lebt und leuchtet wie ein Stern am Himmel.

Sobald es dunkel wurde, ließ Ludmilla die weiße Hand mit dem Buche sinken und fragte mich:

„Schön ist das, nicht wahr? Na, siehst du . . .“

Seit diesem Abend saßen wir häufig im Vorraum der Badestube. Zu meiner großen Genugtuung gab Ludmilla die Lektüre der „Kamtschadalin“ sehr bald auf. Ich konnte ihr nicht antworten, als sie mich nach dem Inhalt des endlos langen Buches fragte — endlos schien es mir, weil nach dem zweiten Teil, mit dem wir angefangen hatten, ein dritter zum Vorschein kam und, wie Ludmilla sagte, sogar noch ein vierter vorhanden war.

Ganz besonders gemütlich war es in unserm Versteck bei schlechtem Wetter. Draußen regnete es, niemand traute sich in den Hof, niemand warf einen dunklen Blick in unsern Winkel, den wir nur am Sonnabend mieden, weil da die Hausbewohner badeten. Ludmilla fürchtete sich immer, daß man uns überraschen könnte.

„Weißt du, was sie dann denken würden?“ fragte sie leise. Ich wußte es und hatte gleichfalls Angst vor einer „Ueberraschung“. Wir saßen stundenlang zusammen und sprachen über dies und das; ich erzählte ihr die Geschichte der Großmutter, und sie beschrieb mir das Leben der Kosaken an der Medwjediza *)

„Ach, wie schön ist es dort!“ sprach sie seufzend. „Und hier? Hier führt man ein Bettlerleben!“

Ich nahm mir vor, unbedingt, sobald ich erst groß sein würde, das Land an der Medwjediza zu besuchen.

Wir konnten unser Versteck in der Badstube bald aufgeben. Ludmillas Mutter fand Arbeit bei einem Kürschner und verließ frühmorgens das Haus. Die kleine Schwester ging in die Schule, der Bruder arbeitete in einer Kachelofenfabrik, und Ludmilla war allein zu Hause. Ich ging hin und half ihr beim Aufräumen und Kochen.

„Wir leben wie Mann und Frau,“ sagte sie lächelnd, „nur daß wir getrennt schlafen. Besser noch als Mann und Frau leben wir, denn die Männer helfen den Frauen nicht...“

*) Nebenfluß des Don.

(Fortsetzung folgt.)

zu prüfen und andererseits durch Ladung der Generäle Rimsky-Korsakoff und Bisbudski und des Referenten des Staatsministeriums für innere Angelegenheiten Dr. Schütz über die Tätigkeit des Obersten Freyberg Klarheit zu schaffen. Man darf auf die nächste Verhandlung gespannt sein.

Verwaltungsbezirk Friedrichshain. Heute, Sonnabend, abends 7½ Uhr, Lichtbildervortrag des Professor Göhrke von der Urania in der Aula des Realgymnasiums, Koppenstr. 76, „Reise durch die schönsten Städte Deutschlands". Billets zum Preise von 2,50 M. an der Abendkasse.

Revolverschüsse auf den blinden Ehemann. Wegen versuchten Totschlages und Mißhandlung ihres Ehemannes stand gestern die Gastwirtsfrau Helene Kulp vor den Geschworenen des Landgerichts III. Es waren außerordentlich trübe Eheverhältnisse, die in der Verhandlung zur Sprache kamen. Die Angeklagte war früher 11 Jahre lang mit einem Kaufmann Strauch verheiratet. Nach dem Tode ihres Ehemannes kaufte sie sich ein Zigarrengeschäft in Baumschulenweg. Hier lernte sie ihren jetzigen Ehemann kennen und verheiratete sich im Jahre 1914. Beide betrieben in den nächsten Jahren zwei Zigarrengeschäfte, bis der früher schon vorbestrafte Ehemann im Jahre 1917 zu einer mehrjährigen Freiheitsstrafe verurteilt wurde. Während der Ehemann sich damals in Untersuchungshaft befand, erblindete er. Anläßlich der bei der Staatsumwälzung erlassenen Amnestie wurde Kulp entlassen. Das Verhältnis zwischen den Eheleuten war zunächst gut, später kam es häufig zu Streitigkeiten.

Am 12. August kam es wieder zu lebhaften Auseinandersetzungen, die die Angeklagte in furchtbare Erregung versetzten, so daß sie mit einem Besen auf den Mann einschlug. Als der Ehemann dann einige Drohungen gegen die Angeklagte aussprach, ergriff sie plötzlich einen Revolver und schoß auf den Ehemann los. Durch einen Schuß wurde Kulp von dem Schrot an der linken Brustseite getroffen, und es wurden später bei ihm einige blutunterlaufene Stellen festgestellt.

Die Angeklagte behauptete, daß sie die Behandlung, die sie durch den Ehemann fortgesetzt erfahren, nicht mehr habe aushalten können und den Revolver bereit gehalten habe, um sich selbst zu erschießen. Wie sie dazu gekommen, auf ihren Mann zu schießen, wisse sie selbst nicht, da sie in größter Aufregung gewesen sei. — Der Staatsanwalt beantragte das Schuldig wegen Körperverletzung und versuchten Totschlages mit dem mildernden Moment, daß die Angeklagte durch den Verletzten gereizt worden sei. Als Vertreter des Nebenklägers beantragte R.-A. Aron die Verneinung dieses mildernden Umstandes; R.-A. Dr. Alsberg beantragte dagegen die Freisprechung, da die Täterin durch ihren Erregungszustand in eine teilweise Bewußtseinsstörung geraten sei und lediglich aus dem ihr zugefügten Martyrium heraus im Augenblick blinder Wut sich zu der Tat habe hinreißen lassen. Die Geschworenen verneinten sämtliche Schuldfragen, so daß die Freisprechung der Angeklagten erfolgte.

Berichtigung. „Kein bei der Eisenbahnmaterial-Werkstätten u. Maschinenbau-Gesellschaft m. b. H. Beteiligter hat einen Verwandten bei der Eisenbahndirektion oder sonstigen Behörde, der für die Erteilung rentabler Aufträge sorgen könnte. Um die kurz gestellten Lieferfristen innehalten zu können, mußten Teilarbeiten einigen anderen Werkstätten übergeben werden, und zwar geschah dies zu den von diesen selbst festgesetzten Arbeitspreisen. Es ist auch anerkannt, daß wir von allen Firmen, an welche die Läutewerke zu denselben Preisen und Bedingungen in Auftrag gegeben waren, zuerst geliefert haben. Es ist vollkommen unwahr, daß der von der Eisenbahn gelieferte Rotguß — Bronze war es überhaupt nicht — verschoben und für die Armaturen billiges und minderwertiges Messing geliefert worden ist. Die Eisenbahnmaterial-Werkstätten u. Maschinenbau-G. m. b. H. unterhält in Berlin zwei Betriebe, und zwar in der Schwedenstraße und in der Urbanstraße."

Das bestohlene Reichspostmuseum. Wegen fortgesetzter Diebstähle im Postmuseum stand der Postschaffner Hühne und wegen Hehlerei dessen Bruder vor der 9. Strafkammer des Landgerichts I. Der Postschaffner war im Reichspostmuseum als Aufseher angestellt. Zu seinen Obliegenheiten gehörte auch, gebrauchte Kolonialmarken, die für das Reich gesammelt werden sollten, zu sortieren und in Päckchen zu sammeln. Er benutzte diese Gelegenheit, um nach und nach Marken, die nach den Katalogen der Briefmarkenhändler einen Wert von insgesamt 80 000 Mark hatten, an verschiedene Händler zu verkaufen, bzw. durch seinen Bruder verkaufen zu lassen. Er wollte die Marken angeblich von einem Amerikaner erhalten haben, was ihm jedoch nicht geglaubt wurde. Das Gericht verurteilte Hühne zu vier Monaten, den Bruder zu sechs Monaten Gefängnis.

Einbruch in das Märkische Museum. Während der Besuchszeit zwischen 10—12 Uhr wurde gestern im Märkischen Museum eine Vitrine erbrochen. Die Diebe erbeuteten wertvolle goldene und silberne Münzen, im ganzen 23 Stück. Einige Münzen sind in ziemlicher Größe. Die wertvolle Sammlung besteht aus Freundschaftsmedaillen, Medaillen zu kirchlichen Festen usw. Die Diebe werden vermutlich versuchen, sie in Schmelzen oder bei Althändlern zu verkaufen. Mitteilungen zur Aufklärung des Diebstahls nimmt Kriminalkommissar Trettin entgegen.

Gewerkschaftliches

An die Transportarbeiter in der Metall-Industrie

Mitglieder der Sektion V, Deutscher Transportarbeiter-Verband.

An alle Anhänger der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale ergeht die Aufforderung, vollzählig in der Generalversammlung, am Sonntag früh 9 Uhr, im Saalbau der Brauerei Friedrichshain, zu erscheinen. Es gilt, den verderblichen Machinationen der Kommunisten entgegenzutreten, die, Künstler der Nabulistik, es ausgezeichnet verstehen, die Nachwehen der großen Bewegungen der Eisenbahner und kommunalen Arbeiter auszunützen, und so die Kollegen in ihrem Sinne zu beeinflussen. Auf diese demagogische Weise hoffen sie, den Sieg zu erringen. Wenn aber jedes Mitglied der Sektion V am Sonntag seine Pflicht erfüllt, dann werden die Moskauer eine Niederlage erleiden.

Deshalb, auf zur Wahl, damit der Ansturm der Moskauer zunichte wird. Fehle niemand am Sonntag in der Brauerei Friedrichshain!

Gegen die wilden Erwerbslosenräte

Die letzte Delegierten-Sitzung der Charlottenburger Gewerkschaftskommission beschäftigte sich mit der Wahl von freigewerkschaftlichen Erwerbslosenvertretern. Die vom Ausschuß der Kommission einberufenen Arbeitslosenversammlungen, in der Vertreter gewählt werden sollten, sind von linksradikaler Seite durchkreuzt worden. Eine Vertretung sei aber dringend notwendig, damit den Erwerbslosen geholfen werden kann. Lachmund von der Erwerbslosenzentrale und andere Redner traten ebenfalls für eine energische Vertretung der Erwerbslosen durch Gewerkschaftsvertreter ein und verwarfen die bislang geführte Vertretung durch die wilden Erwerbslosenräte. Daraufhin wurde beschlossen, vorläufig Vertreter von der Zentrale nach Charlottenburg (Arbeitsamt, Bismarckstr. 51) zu senden und diese später durch geeignete Charlottenburger Kollegen abzulösen. Weiter wurde die Frage der Zentralisation der Arbeitsnachweise behandelt. Die Aussprache über diese Angelegenheit ergab, daß alle Redner mit Ausnahme der Gastwirtsgehilfen, die am Orte eine eigene Vermittlungsstelle besitzen, sich für eine straffe Zentralisation mit einheitlicher Leitung in Verbindung mit einer gut durchgeführten Dezentralisation, aussprachen. Eine baldige Einberufung einer Ausschußsitzung der Allg. Ortskrankenkasse soll sich mit der Familienfürsorge befassen. Ferner wurde noch u. a. debattiert über eine einheitliche Maifeier in diesem Jahre. Die Versammlung wählte noch zu Kandidaten in die örtliche Bezirksdeputation für Arbeit und Gewerbe die Genossen Flemming, Hammer, Mitsching, Frohloff, Ganschow und Winkler.

Zur Betriebsratswahl in der Konsumgenossenschaft

Wir erhalten aus den Kreisen der Angestellten der Konsumgenossenschaft eine Zuschrift, die sich gegen die ebenso reklamehafte wie sachlich falsche Darstellung über „den schönen Erfolg" der Kommunisten zur Betriebsratswahl wendet, der in Nr. 86 der „Roten Fahne" herausgestrichen wurde. Den Schwindel der Kommunisten, dort, wo sie schwach sind, die Parole der „Einheitsfront" auszugeben, ist auch hier angewendet worden. Die ebenso phrasenhafte wie konfuse Politik der Kommunisten zeigt sich auch darin, daß sie sich dauernd dagegen wehrten, wenn gegen die gewerkschaftszersplitternden Elemente der Unionisten vorgegangen werden sollte.

Um diesem ganzen Treiben entgegenzutreten, wurde in den Gruppenversammlungen der Bäcker und Handwerker eine Entschließung angenommen, die das ganze Personal von ihren Fraktionsbeschlüssen entbindet — auch für die Mitglieder des Arbeiter- und Betriebsrats — und von ihm fordert, „daß es sich bei seinen Handlungen und Beschlüssen nur nach dem richtet, was von der Gruppen- oder Betriebsvollversammlung beschlossen worden ist. Beschlüsse von Fraktionen innerhalb oder außerhalb des Betriebes dürfen nicht maßgebend sein".

Außerdem wurde klar zu erkennen gegeben, daß, falls die Kommunisten dennoch ins kommunistische Fahrwasser treiben sollten, sie ehernen Widerstand erfahren und sich bald unmöglich machen werden. Das nennt dann die „Rote Fahne" ein „wachsendes Vertrauen" zu den Kommunisten und einen „schönen Erfolg".

Dieser Vorgang ist ein weiterer Belag dafür, wie unehrlich jene kommunistischen Politikanten sind und wie notwendig unsere verschiedenen Hinweise waren, die dieses Spiel aufdeckten.

Lohnbewegung im Friseurgewerbe. Auf Grund der neuen Teuerungswelle sahen sich die Friseurgehilfen veranlaßt, bei ihren Arbeitgebern um eine Lohnerhöhung heranzutreten. Eine am 21. Februar stattgefundene Verhandlung führte zu keinem Ergebnis, doch gehen die Verhandlungen weiter. Die Gehilfenschaft hofft aber, daß die Arbeitgeber doch den Wünschen der Arbeitnehmer soweit entgegenkommen werden, um die Lebenshaltung auch des Friseurgehilfen einigermaßen sicherzustellen.

Fabrikarbeiter!

Bei der Firma Puhl u. Wagner, Gottfried Heinersdorf, vereinigte Werkstätten für Mosaik und Glasmalerei, Treptow, Kiefholzstraße 72-75, befinden sich die Kollegen der Mosaikabteilung, wegen Lohndifferenzen, seit Donnerstag, den 23. Februar 1922, im Streik.

Gummiarbeiter! Bei der Firma C. Müller, Weißensee, Belfortstraße 23-29, sind Differenzen ausgebrochen. Die Firma hat sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen wegen Teilnahme an der Beerdigung eines Kollegen ausgesperrt. Wir ersuchen, die Firma zu meiden! Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten. — Verband der Fabrikarbeiter.

Die belgische Industrie gegen den Achtstundentag

Das Zentralkomitee der belgischen Industrie hat dem Ministerpräsidenten nach Cannes ein kurzes Memorandum über die Lage der belgischen Industrie mitgegeben. Belgien müßte viel und billig produzieren; es müßte wie früher seine Ware im Ausland dank niedriger Herstellungskosten absetzen können. Aber viele Ursachen wirkten zusammen, um statt dessen die Herstellungskosten in die Höhe zu treiben. Unter diesen Ursachen stehen an erster Stelle die verzögerten Reparationszahlungen, obwohl Belgien trotzdem „seine Betriebsanlagen wieder auf die Höhe des modernen Fortschrittes gebracht hat". Außerdem aber kommen nach Ansicht der Industrie noch andere Ursachen in Betracht. Nämlich die sozialen Reformen, die in den letzten Jahren erreicht worden sind, als da sind der Achtstundentag, Arbeitslosenunterstützungen und die „künstliche Aufrechterhaltung übertrieben hoher Löhne".

Wie die Industrie in den anderen Ländern, kämpft auch die belgische Industrie um die Wiederherstellung der alten Zeit, um die Rückkehr zu den Verhältnissen vor dem Krieg. Sie wird aber auf den Widerstand von 700 000 gewerkschaftlich organisierten Arbeitern stoßen.

Parteiveranstaltungen

Sonnabend, 25. Februar

1. Verwaltungsbezirk. Die für heute angesetzte Fraktionssitzung fällt ausfindehalber aus.

5. Verwaltungsbezirk, 15., 16., 17. Distrikt. Karten zu dem Lichtbildervortrag in der Schulaula Koppenstr. 76 sind noch bei Wirschus, Petersburger Str. 5, zu haben.

Neukölln-Süd. Bezirksführer. Handzettel zu der am 1. März stattfindenden Mitgliederversammlung sind heute von 5—7 Uhr im Bureau abzuholen.

Sonntag, 26. Februar

4. Verwaltungsbezirk. Vorm. pünktlich 9½ Uhr wichtige Fraktionssitzung bei Hoffmann, Lychener Str. 8.

Lichterfelde. Die Genossen treffen sich nachm. ½2 Uhr Bahnhof Lichterfelde zur Fahrt nach Glasow.

Vereinskalender

Sonnabend, 25. Februar

Musikinstrumentenarbeiter. Abends 6 Uhr Sitzung der Branchenkommission. Wichtige Tagesordnung. Sämtliche Mitglieder haben zu erscheinen.

Mechanik- und Klavierarbeiter. Nachm. 2 Uhr Branchenversammlung im Gewerkschaftshaus. Lohnbewegung.

Soz. Proletarierjugend Oberschöneweide. Abends 7 Uhr Zusammenkunft im Jugendheim, Oberschöneweide, Laufener Straße. Parteigenossen, macht Jugendliche darauf aufmerksam.

Sonntag, 26. Februar

Freireligiöse Gemeinde. Vorm. 11 Uhr im Rathaus, Königstraße, Vortrag des Herrn Prof. Dr. K. Hasse: Die menschliche Freiheit. Harmonium: Aus „Tannhäuser" (Wagner). — Vorm. 11. Uhr, Pappel-Allee 15, Vortrag des Herrn Dr. A. Rosenberg: Hat Jesus gelebt? — Gäste willkommen.

Kistenmacher. Vorm. 10 Uhr in den Andreas-Gesellsälen, Andreasstr. 31, Versammlung aller Kistenmacher. Stellungnahme zur Lohnbewegung. Beschlußfassung über Streik.

Vereinig. d. Freunde v. Relig. u. Weltfrieden. Pfarrer Bleier spricht heute, Sonntag, nachm. 6 Uhr, anläßlich seiner religiösen Feierstunde in der Trinitatiskirche, Charlottenburg, Karl-August-Platz, über: Religion und Weltanschauung.

Dienstag, 28. Februar

Betriebsräte der Straßenbahn. Abends 6 Uhr Vollversammlung der Betriebsräte der Straßenbahn im Luisenstädtischen Realgymnasium, Dresdener Straße. Tagesordnung: Stellungnahme zur Neuwahl der Betriebsräte.

Arbeitersport

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität" Berlin. Touren für Sonntag, den 26. Februar. **3. Abteilung.** Birkenwerder (Japan). Start 1 Uhr Lausitzer Platz. — **4. Abteilung.** Sonnabend, den 25. Februar, 7½ Uhr, bei Neumann, Samariter-, Ecke Schreinerstraße. — **6. Abteilung.** Spandau (Tivoli). Start 1 Uhr Kopenhagener Straße 26. — **7. Abteilung.** Saatwinkel (Jägerhaus). Start 1 Uhr Koloniestr. 147. — **10. Abteilung.** Mahlsdorf (Rathausdärten). Start 1 Uhr Komeniusplatz.

Verantwortlich für die Redaktion Robert Henkel, Berlin; für den Inseratenteil und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Kometzer, Berlin. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 8-9.

10. Nachtrag
zur Satzung der Allgemeinen Ortskrankenkasse Niederbarnim in Berlin
vom 13. September / 31. Oktober 1913.

§ 30a.

Die Ueberschrift des § 30a ist zu streichen und dafür zu setzen:

„D. Wochenhilfe an Familienangehörige."

Hinter dem § 31 wird der Satzung neu hinzugefügt:

Familienhilfe.
§ 31a.

Es werden gewährt:

1. den versicherungsfreien Ehegatten und den noch nicht 16 Jahre alten Kindern der Versicherten für den Fall, daß Krankenhauspflege erforderlich ist, ein Zuschuß zu den Kosten der Krankenpflege im Krankenhause (nicht Heilstätte, Erholungsheim) im Betrage von 10.— Mk. täglich für den Ehegatten und 6.— Mk. täglich für jedes Kind bis zur Dauer von 2 Monaten innerhalb eines Jahres, wenn sie mit den Versicherten in häuslicher Gemeinschaft leben, ohne eigenen Erwerb sind, ihr Unterhalt ganz oder überwiegend aus dem Arbeitsverdienste der Versicherten bestritten wird und anderweit auf Krankenpflege keinen Anspruch haben;

2. ein Sterbegeld beim Tode des Ehegatten eines Mitgliedes oder eines Kindes unter 16 Jahren. Das Sterbegeld wird für den Ehegatten auf zwei Drittel, für ein Kind bis zu 4 Jahren auf ein Viertel, darüber auf die Hälfte des im § 31 festgesetzten Mitgliedersterbegeldes bemessen und um den Betrag gekürzt, auf den der Verstorbene selbst gesetzlich versichert war.

Sind beide Ehegatten Mitglieder der Kasse, so wird das Sterbegeld für ein Kind nur einmal gewährt. Gehören die Ehegatten verschiedenen Kassen an, die Familienhilfe gewähren, so wird beim Tode eines Kindes Sterbegeld nur gezahlt, wenn das Mitglied, welches der Allgemeinen Ortskrankenkasse Niederbarnim angehört, den Unterhalt für die Familie ganz oder überwiegend bestritten hat.

Voraussetzung für die Gewährung der Familienhilfe ist, daß bei Eintritt eines Unterstützungsfalles eine sechsmonatige Wartezeit zurückgelegt ist.

Mit Beendigung der Mitgliedschaft endet auch das Recht auf den Bezug der Familienhilfe.

Berlin, den 23. November 1921.

Der Vorstand
(L. S.) Neubecker
Z. 2677. Vorsitzender.

Genehmigt:
Charlottenburg, den 6. Februar 1922.
Oberversicherungsamt Berlin
(L. S.) Mengel.
Ausfertigung.
B. K. II 27/22.

Dieser Nachtrag tritt mit dem 1. März 1922 in Kraft.

Berlin, den 23. Februar 1922.

Der Vorstand
Neubecker
Z. 496. Vorsitzender.

11. Nachtrag
zur Satzung der Allgemeinen Ortskrankenkasse Niederbarnim in Berlin
vom 13. September / 31. Oktober 1913.

I. Name, Umfang und Sitz der Kasse.

§ 1.

Absatz 1 erhält folgenden Wortlaut:

„Die Kasse führt den Namen „Allgemeine Ortskrankenkasse Berlin-Norden". Ihr Bezirk umfaßt den der Stadtgemeinde Berlin einverleibten Teil der Allgemeinen Ortskrankenkasse Niederbarnim. Der Sitz der Kasse ist Berlin."

Der letzte Absatz fällt fort.

§ 92.

Die letzten beiden Absätze fallen fort.

§ 111.

erhält folgenden Wortlaut:

„Alle Bekanntmachungen, welche die Kasse betreffen, insbesondere die Einladungen zu Wahlen und Ausschußsitzungen, die Bekanntmachung über Aenderung der Krankenordnung, der Höhe der Beiträge und Leistungen, der Zusammensetzung des Vorstandes sowie der Zweigstellen sind im Gemeindeblatt der Stadt Berlin, im Vorwärts, in der Freiheit und im Berliner Tageblatt zu veröffentlichen.

Z. 1360. Berlin, den 28. Mai 1921.

Der Vorstand.
(L. S.) Neubecker.
Vorsitzender.

Genehmigt mit Wirkung vom 2. Juli 1922 ab.
Charlottenburg, den 13. Februar 1922.
Oberversicherungsamt Berlin.
(L. S.) Dr. Maier.
Ausfertigung.
G. 193/22.

Ein Erlebnisbuch fürs Proletariat
ist soeben erschienen
Max Dortu
Wir Männer vom Steinbruch
Elegant kartoniert 12 Mark
Buchhandlung „Freiheit"
Berlin C 2 — Breite Straße 8-9

Zum alten Preise
wird Gößstoff immer noch geliefert, dabei war er stets sehr billig. Er ermöglicht der Hausfrau gute Ersparnisse, ist auch praktisch und bekömmlich. Wer ihn richtig verwendet, wird ihn nicht mehr entbehren wollen.
Machen Sie bitte einen Versuch!
Erhältlich in Kolonialwaren-, Drogengeschäften und Apotheken.

Garderobe
auf bequemste Teilzahlung
bei billigster Preisberechnung
HERREN-Anzüge, Cutaways, Paletots, Ulster | DAMEN-Paletots, Kostüme, Röcke, Kleider
REGENMÄNTEL
BURSCHEN-ANZÜGE
Gute Ware! Große Auswahl!
M. Beiser, Lothringerstr. 67.

Altmetalle
zahle hohe Preise. Oderberger Str. 1, Amt Humboldt 417

Bettnässen
Befreiung (o. Alter u. Geschlecht angeb. Auskunft umsonst. Vers. sanit. Art. Bg. Engelbrecht, München C 18, Kapuzinerstr. 9.

-25 Mk.-
wöchentliche Teilzahlung
Herren-Anzüge und Ulster
zu billigen Preisen bei mäßiger Anzahlung
Gebr. Kassner
Bülowstraße 6 am Nollendorfplatz.

Bei allen Nervenschmerzen
Wie Kopf-Brust-Rücken-Kreuzschmerzen, ist bewährt
Godesberger Nerven-Öl
In Apotheken! Prospekt gratis!
A. Dorfstecher & Co. Nachf. G.m.b.H. Bad Godesberg.
Preis Mk. 15.00 | Preis Mk. 15.00
Hauptniederlage für Berlin:
Elefanten-Apotheke, SW, Leipziger Str. 74

USPD
Taschen-Kalender
1922
Aus dem Inhalt:
Aufgaben der Betriebsvertretungen
Lohnsteuer, Abzug vom Arbeitslohn / Hilfe bei Unglücksfällen
Einnahme- und Ausgabetabellen
Statistik der Reichstagswahlen
Reichhaltiges Adressen-Material
Tarife / Interessante Notizen u. a.
★
Gutes schreibfähiges Papier
Halbleinen gebunden
5.— Mark
Zu beziehen durch die Freiheit-Speditionen und
Buchhandlung „Freiheit" · Berlin C 2

Trünouga
Konfitüren
nur an Grossisten!
Eckardt & Neuschaefer
Fabrik und Kontor: Berlin O 27
Krautstr. 4-5 Tel. Alex. 5257